MARCHIVUM

MANNHEIMS ARCHIV
HAUS DER STADTGESCHICHTE
UND ERINNERUNG

MARCHIVUM Druckschriften digital

Mannheimer General-Anzeiger. 1916-1924
1923

540 (23.11.1923) Mittag-Ausgabe

urn:nbn:de:bsz:mh40-209607

Freitag, 23. November — Mittag-Ausgabe — Verkaufspreis 100 Milliarden Mark — 1923 — Nr. 540

Mannheimer General-Anzeiger

Badische Neueste Nachrichten

Bezugspreise: In Mannheim u. Umgebung v. 22.–28. Nov. 1 Billion Mark. Die monatlichen Bezieher verpflichten sich bei der Bestellung des Abonnements die während der Bezugszeit notwendigen Preiserhöhungen zu bezahlen. Postscheckkonto Nummer 17590 Karlsruhe. — Hauptgeschäftsstelle Mannheim E 6, 2. — Geschäfts-Nebenstelle Neckarstadt, Waldhofstr. 6. Fernspr. Nr. 7041, 7042, 7043, 7044, 7045. Telegr.-Adr.: General-Anzeiger Mannheim. Erscheint wöchentlich zweimal.

Anzeigenpreise nach Tarif, bei Vorausbezahlung pro einspaltige Kolonelzeile für Allgemeine Anzeigen 0,40 Goldmark, Reklamen 1,20 Goldmark. Für Anzeigen an bestimmten Tagen Stellen und Ausgaben wird keine Verantwortung übernommen. Höhere Gewalt, Streiks, Betriebsstörungen usw. berechtigen zu keinen Ersatzansprüchen für ausgefallene oder beschränkte Ausgaben oder für verspätete Aufnahme von Anzeigen. Rufnr. 6 Fernspr. ohne Gewähr. Gerichtsst. Mannheim.

Beilagen: Der Sport vom Sonntag — Modezeitung — Aus Zeit und Leben mit Mannheimer Frauen-Zeitung und Mannheimer Musik-Zeitung

Um das Schicksal des Kabinetts Stresemann

Vertagung der Abstimmung auf heute

Die Verantwortung für die Zukunft

(Von unserem Berliner Büro)

Berlin, 23. November.

In einer nahezu dreistündigen Rede hat Dr. Stresemann gestern um sein Kabinett gekämpft. Das ist vielleicht nicht einmal der richtige Ausdruck, denn man hatte von dieser Rede, die viel und vieles brachte, die das auswärtige Feld durchpflügte und das innere dazu und zwischendurch noch Gelegenheit fand, zu Ausflügen in das eine oder andre Nebengelände, nicht eigentlich den Eindruck, daß sie von der aufreibenden Sorge um das Amt eingegeben war. Manches an ihr war persönlich gefärbt, sollte der Rechtfertigung sowohl der eigenen Haltung wie der von Stresemann geführten Regierung und der Verteidigung gegen die Angriffe und Vorwürfe, die nun von rechts und links auf ihn niederhagelten, dienen. Das ganze war aber doch wohl mehr, war die Frage an das Parlament und darüber hinaus an das Land: Was soll werden, wenn die Männer, die einstweilen noch in der „Drecklinie" ausharren, gehen? Gestellt von einem Mann, der die ganze Unsumme innerer und äußerer Schwierigkeiten überfleht und ehrlich genug ist, von sich zu bekennen, daß er den Weg ins Freie vorläufig noch nicht zu erschauen vermag.

Uns möchte scheinen: Nur unter solchem Gesichtswinkel wird in das buntumbrodelte Chaos Ordnung zu bringen sein. Es ist wirklich, wie der Kanzler, nebenbei gestern nicht zum ersten Mal, sie nannte, eine Krise des Parlaments, nicht so eine des Kabinetts, und nur wer sehr nachdenklich der Frage nachsinnt: „Was kommt darnach?" hat Aussicht aus dem Gewirr erhitzter Leidenschaften des Parteiegoismus sich herauszuwinden. Es handelt sich nämlich gar nicht darum, ob die Regierung bei jedem Schritt im Innern wie nach außen recht gehabt hat. Sie hat es schon deshalb nicht immer haben können, weil sie im Grunde in keinem Augenblick ihres Daseins frei und Herrin ihrer Entschlüsse gewesen ist. Alle Zeit war sie gebunden, außenpolitisch durch die Gewaltherrschaft, die Frankreich an Rhein und Ruhr aufgerichtet hat und an der Poincaré, die eigenen Gelübde brechend auch noch festhält, da nach Einstellung des passiven Widerstands von rechtswegen beide Regierungen sich an den Tisch hätten setzen sollen, um das gestörte Getriebe im Okkupationsgebiet wieder in Gang zu bringen. Innenpolitisch durch den unausrottbaren deutschen Hang zur Selbstzerfleischung, durch die ganze entsetzliche Litanei von Krisen, Putschen, Abtrennungsbestrebungen und wieder Krisen, in die das Zusammenleben der Reichsgenossen nachgerade sich auflöst. Ideale Regelungen könnte es unter solchen Umständen überhaupt nicht geben. Immer von neuem werden sich Einwände, Bedenken, Besorgnisse melden. Unendlich ernsthafter lagen die, die am letzten Dienstag der deutschnationale und der sozialdemokratische Kritiker vorrugen. Dennoch bleibt es richtig: Durfte nach den Erfahrungen mit dem Fluchvertrag von Versailles die Regierung ihre Unterschrift leihen zu einem Pakte, der die Kosten für das Ruhrunternehmen, es so nachträglich rechtfertigend, dem deutschen Volke auflud? Hätte sie, indem sie vielleicht noch recht zweifelhaften Gegenpartsvorteil einhandelte, auf diese Weise nicht vielmehr die Zukunft verraten?

Wenn wir den Kanzler richtig verstanden, hat er von ähnlichen Erwägungen auch bei der Behandlung des bayerischen Problems sich leiten lassen. Er hat es abgelehnt, den forschen Leuten zu folgen, die ein Exempel zu statuieren wünschten, und, als ob es nicht auch sonst heute in deutschen Landen bergab und bergauf ginge, just in Bayern für die Politik der geraden Linie sich erwärmten. Er lehnt es auch jetzt ab. Trotzdem wird man Herrn Stresemann nicht nachtragen dürfen, daß er den Rechten und Ansprüchen des Reiches etwas vergeben habe. Als das Ziel der Verhandlungen mit Bayern bezeichnet er: Rückkehr zum verfassungsmäßigen Zustand und Unterstellung der Reichswehr unter die Heeresleitung. Uns scheint: Das wird für ein Kompromiß die rechte Mitte sein, Einigkeit, in dem was nottut. Ueber alles andere läßt sich reden, und wird, wir haben das schon mehrfach im gleichen Zusammenhang betont, zu reden sein.

Andere als Kompromißvorschläge kommen bei dem gegenwärtig beklagenswerten Zustand der deutschen Dinge nicht in Betracht. Das vielerlei großen Uebels das verhältnismäßig kleinste zu wählen, ist dermalen aller Staatsweisheit letzter Schluß. Der Kanzler hat in seiner gestrigen Rede, die zumal in ihrem letzten Teil zu stolzem Schwunge und Seelenhöhe sich erhob, diese bittere Wahrheit seinen Hörern einzuhämmern versucht. Die Besessenen — und ein erheblicher Prozentsatz des deutschen Volkes besteht z. Zt. aus irgendwie Besessenen — hat er trotzdem nicht überzeugt. Die Kommunisten rannten platt, roh, unwissend in seine Ausführungen hinein, und als nun der Finanzminister Dr. Luther das Ende der Inflation endlich verkündete und die Koalitionsparteien zur Unterstützung der Regierung aufgerufen hatte, hörten wir von Herrn v. Gräfe, von Debour, schließlich sogar von dem thüringischen Staatsminister Fröhlich daß nicht die Solidarität der Volksgemeinschaft, für die der Kanzler war, sondern Kampf bis zum Weißbluten (!) nottue.

Zerklüftung in Zeiten des Niederganges und eine zusammenfassende Zentralgewalt bleibt nun einmal, so scheint es, deutsches Schicksal. Als man geschlagene sechs Stunden beisammen gewesen war, brach teils von Herrn Fröhlich, teils von seinem Dresdener Amtsbruder Fellisch ein Streit über die Handhabung des Ausnahmezustandes in Sachsen und Thüringen aus, bei dem den Volksparteilern Brüninghaus und Leutheuser die Aufgabe zufiel, gegen die kommunistisch-sozialistische Legendenbildung der Wahrheit eine Gasse zu bahnen. Auch der Reichswehrminister Geßler griff noch ein, zugleich Herrn v. Gräfe und später Herrn Henning tüchtig zausend, die in völkischer Ueberheblichkeit den größten Teil der Reichswehr für die eigene Gefolgschaft und deren Ziele reklamierten.

Nein, durch Reden ist diese Krise im deutschen Reichsparlamentarismus, die eine Dauerkrisis ist, nicht zu bezwingen. Die Entscheidung, auch nur eine vorläufige, wird nun wohl in der sozialdemokratischen Fraktion fallen. Sie vor allem wird die Frage sich vorzulegen haben: Was kommt darnach? Gilt ihr, die sich mit Vorliebe neuerdings die Partei der Reichserhaltung zu nennen pflegt, die agitatorische Forderung einer sofortigen Aufhebung des Ausnahmezustandes höher als der Jammer der Regierungslosigkeit, dem der Sturz des Kabinetts uns voraussichtlich ausliefern müßte? Ein Ministerium, selbst eine Regierungskoalition, die das Stresemannsche Erbe antreten könnte, ist, wie die Dinge liegen, nicht vorhanden, nicht einmal, wie man seit Herrn Hergts Rede vom Dienstag weiß, ein Programm. Das einzige Programm der Deutschnationalen besteht in dem gestern von ihnen eingebrachten Mißtrauensantrag! Gewiß, das Kabinett Stresemann, von außen gefesselt und im Innern gebunden, hat bislang nicht viel wesentliches zu schaffen vermocht. Es hat aber den ernsten Willen gezeigt, das Währungschaos zu meistern. Die Weltlage hat, gleichviel ob mit oder ohne sein Zutun, sich gebessert. Dieses Kabinett hat sogar, wie Herr Stresemann verriet, unter der Voraussetzung einer Gewähr für stabile Währungsverhältnisse begründete Aussicht auf einen Lebensmittelkredit von über einer Milliarde Goldmark. Will man aus Parteiverbissenheit oder verletzter Parteieitelkeit das alles opfern: Was darnach?

* * *

Aus der Sitzung

ist, nachdem wir die Kanzlerrede bereits im gestrigen Abendblatt in den Hauptzügen wiedergegeben haben, noch folgendes zu berichten:

Reichsfinanzminister Dr. Luther, der gleich nach dem Kanzler sprach, behandelte vor fast leerem Hause Währungs- und Wirtschaftsfragen. Er sagte u. a.: Wenn es nicht gelingt, die Ausgaben zu beschränken und die Einnahmen zu erhöhen, so gibt es für das deutsche Volk keine Lebensmöglichkeit mehr, denn wir können die Notenpresse nicht wieder in Gang setzen und dürfen andererseits die Rentenmark nicht einer neuen Inflation verfallen lassen. Die deutsche Regierung ist jetzt in der Lage eines Konkursverwalters. Wir brauchen schnelle Einnahmen und Steuern, die erst im ersten Vierteljahr fällig sind, müssen schon im Dezember gezahlt werden. Das gilt auch von der Rhein- und Ruhrabgabe. Die Erhebung der Steuern muß vereinfacht werden und die Vorauszahlung der Einkommensteuer muß neu geregelt werden. Aber alle Anstrengungen sind vergeblich, wenn nicht die Arbeitsleistung auf das stärkste angespannt wird. Dazu muß sich außerordentliche Sparsamkeit gesellen. Es ist ein Verhängnis, daß man im deutschen Volke die Notwendigkeit hierzu nicht hat einsehen wollen und immer geglaubt hat, es werde schon weitergehen.

Abg. Marx (Ztr.): Die Zentrumsfraktion stellt mit schmerzlichem Bedauern fest, daß in einer Zeit, in der die Zusammenfassung aller Volkskräfte zur Erhaltung des Reiches und der deutschen Wirtschaft und zur Abwehr des immer unverhüllter zu Tage tretenden Vernichtungswillens Frankreichs das Gebot der Stunde ist, das deutsche Volk sich in unfruchtbarem Parteihader verliert. Die Zentrumsfraktion hat deshalb alles was in ihren Kräften stand, getan, um die große Koalition zu erhalten. Aus der gleichen vaterländischen Gesinnung heraus ist sie bereit, sich hinter die jetzige Regierung zu stellen, unbeschadet mancher Bedenken gegenüber einzelnen Maßnahmen und Unterlassungen des Reichskabinetts, die auf innerpolitischem Gebiete liegen. Die auswärtige Politik der Regierung findet unsere Billigung. Es ist eine Ehrenpflicht des gesamten deutschen Volkes, die deutschen Brüder im besetzten Gebiet zu unterstützen und für sie bis zur äußersten Grenze des Möglichen Opfer zu bringen. Die Zentrumsfraktion billigt es, daß die Reichsregierung in Sachsen und Thüringen mit fester Hand wieder geordnete Zustände schafft. Wir geben aber auch dem dringenden Verlangen Ausdruck, daß das Verhältnis zwischen Reich und Bayern baldigst wieder in verfassungsmäßige Bahnen gelenkt wird. Wir beklagen es aufs tiefste, daß in München sich gewisse führende Persönlichkeiten unter Mißbrauch der nationalen Bewegungen im Volke zu umstürzlerischen Schritten hinreißen ließen. Alle schaffenden Kräfte müssen machtvoll zusammengefaßt werden, um mit dem Wiederaufbau der deutschen Wirtschaft endlich wirksam zu beginnen.

Abg. Scholz (D. Vp.): Wir bedauern aufs tiefste, daß die deutsche Regierung den von Frankreich offensichtlich eingeleiteten separatistischen Bestrebungen im besetzten Gebiet nur mit diplomatischen Mitteln gegenübertreten kann. Wir erwarten, daß das Reich den besetzten Gebieten jede Hilfe, insbesondere auch finanziell jede irgendwie tragbare Unterstützung zuteil werden läßt und daß sie eine unterschiedliche Behandlung des besetzten und unbesetzten Gebietes vermeidet. Nach dem schnellen Ende des unverantwortlichen Putsches rechtsradikaler Elemente in Bayern besteht nach unserer Auffassung die Möglichkeit einer sachlichen Erledigung der zwischen Bayern und dem Reiche schwebenden Fragen. Wir haben die feste Ueberzeugung, daß auch Bayern die Erhaltung der Reichseinheit wünscht, und wir glauben, daß unter diesem größten aller Gesichtspunkte gesehen, die bestehenden Schwierigkeiten beigelegt werden können. Die Wiederherstellung von Ruhe und Ordnung in Sachsen und Thüringen war eine Aufgabe, der sich die Reichsregierung nicht entziehen konnte und der sie sich mit anerkennenswerter Energie unterzogen hat. Mit der Bevölkerung dieser Gebiete wünschen wir, daß die dauernde Aufrechterhaltung geordneter Zustände in ganz Mitteldeutschland gewährleistet werden möge. Eine vorzeitige Aufhebung des Belagerungszustandes kommt aus diesen Gründen unseres Erachtens nicht in Frage.

In der Herausgabe der Rentenmark, in den Bestrebungen einer definitiven Lösung der Währungfrage durch die Goldnotenbank ist der ernste Versuch zu erblicken, die Gefährdung der Ernährung, insbesondere der Großstädte und der Industriebezirke zu beseitigen. Energische Sparmaßnahmen der Regierung sind nicht zu umgehen. In einer Zeit schwerster innen- und außenpolitischer Belastung wird keine Regierung den ungeteilten Beifall aller Parteien finden. Unpopuläre Maßnahmen sind nicht zu vermeiden. Die Deutsche Volkspartei hält gerade im gegenwärtigen Augenblick die Stetigkeit in der Führung der Innen- und Außenpolitik für ein unbedingtes Erfordernis. Das gegenwärtige Kabinett muß in der Lage sein, die übernommenen Aufgaben zu erledigen, und insbesondere die hoffnungsvollen Verhandlungen mit ausländischen Kreditgebern zu einem guten Ende zu führen. Die Deutsche Volkspartei wird sich daher den Versuchen, die gegenwärtige Regierung zu beseitigen, auf das Entschiedenste widersetzen.

Abg. v. Graefe (Deutschvölkisch) wendet sich gegen die Auffassung des Reichskanzlers, daß die Nationalsozialisten als Rechtsradikale anzusehen seien. Der Putsch in München habe das Gegenteil von Separatismus angestrebt. Herr v. Kahr habe ein römisches Reich deutscher Nation unter Wittelsbachscher Kaiserkrone angestrebt. (Hört! Hört! links.) Er eine vom Föderativstaat unter Preußens Führung aus, nahm aber an, daß Preußen auseinanderfallen und dann Bayern die führende Rolle übernehmen würde. In seinen weiteren Ausführungen deutet v. Graefe an, daß die völkische Politik sich bei der praktischen Durchführung ihrer Bestrebungen auf die Reichswehr zu stützen gedenke und schließt mit dem Bedauern, daß seine Dreimänner-Fraktion zu klein sei, um ein ausdrückliches Vertrauensvotum für die Regierung zu beantragen (große Heiterkeit), damit eine klare Entscheidung herbeigeführt werde.

Thüringischer Ministerpräsident Fröhlich: In keinem Lande der Welt hat soviel Ruhe geherrscht wie in Thüringen. (Lachen rechts). Unsere Landespolizei ist gut, denn wir sind der Auffassung, daß Gegner der Republik darin nichts zu suchen haben. (Unruhe rechts.) General Reinhardt erklärte mir, er würde mich als eine Art Zivilkommissar betrachten. Tatsächlich hat die Reichswehr ohne jede Verständigung mit der Landesregierung gewirtschaftet. Sie zerstörte das Versammlungs- und Koalitionsrecht und griff mit rauher Hand in die Verwaltung und das Wirtschaftsleben ein. (Hört! Hört! links.) Die gesamten für die hungernden Bergdörfer angeschafften Lebensmittelvorräte beschlagnahmte man unter nichtigen Vorwänden. Der Kampf wird nicht gegen bewaffnete Hundertschaften geführt, sondern gegen die Sozialdemokratie, die zuverlässigste Stütze der Republik. (Erneute Hört! Hört! links.) Unter der jetzigen Militärwirtschaft kann von einem Rechtsstaat keine Rede sein. So bildet der militärische Ausnahmezustand geradezu eine Gefahr für die Republik. (Lebhafter Beifall links.)

Reichswehrminister Dr. Geßler: Ich werde erst morgen auf die Mitteilungen des Ministers Fröhlich antworten, weil mir leider das Material vorher nicht mitgeteilt worden ist. Ich benutze die Gelegenheit zum schärfsten Protest gegen die hochverräterische Aeußerung des Abg. v. Graefe, die jedermann dahin verstanden hat, daß seine Partei ihre umstürzlerischen Versuche mit Hilfe der Reichswehr durchführen zu können glaubt. Nichts gibt ihm das Recht zu der Annahme, daß die Reichswehr ihren geschworenen Eid brechen würde. (Gelächter links und Zuruf: Lossow!) General v. Lossow ist ein Einzelner! (Gelächter links.) Er ist von uns seines Postens enthoben worden. Was militärisch gegen ihn zu unternehmen war, ist geschehen; alles andere liegt auf politischem Gebiete und ist Sache des Reichskanzlers! (Lebhafter Beifall in der Mitte.)

Sächsischer Ministerpräsident Fellisch: Die Bevölkerung des Freistaates Sachsen entbehrt zurzeit nicht nur der verfassungsmäßigen Grundlage, sondern der selbstverständlichsten demokratischen Rechte, obwohl an ihrer Reichstreue nie ein Zweifel gewesen ist. Sie empfindet den Ausnahmezustand und die Reichswehrbesetzung als bitteres Unrecht. Der Ministerpräsident zählt zahlreiche Beschwerden auf. Solche Eingriffe in die Hoheit der Landesregierung seien rechtswidrig und unerträglich. Die sächsische Regierung sei zum Einvernehmen mit der Reichsregierung bereit, aber nur auf dem Boden der Verfassung. In Sachsen sei der militärische Ausnahmezustand nicht nötig; alle Berichte über Terrorakte hätten sich als mindestens maßlos übertrieben herausgestellt.

Die Mißtrauensanträge

Von der deutschnationalen Fraktion ist folgender Mißtrauensantrag eingebracht worden:

„Der Reichstag entzieht der Reichsregierung das Vertrauen, dessen sie nach Artikel 54 der Reichsverfassung bedarf."

MARCHIVUM

Die sozialdemokratische Reichstagsfraktion war bis in die elfte Stunde hinein versammelt. Als Ergebnis der Beratungen wurde folgender Antrag bekannt, den die Fraktion noch heute eingereicht hat:

„Die Reichsregierung hat den militärischen Ausnahmezustand gegen Sachsen und Thüringen, ohne daß hierfür sachliche Gründe vorlagen, in schärfster Form angewandt, gegen die verfassungswidrigen Zustände in Bayern aber nichts Entscheidendes getan. Sie hat daher nicht das Vertrauen des Reichstags."

Die parlamentarische Lage ist nun folgende: Verlangt der Kanzler angesichts dieser Mißtrauenserklärungen ein ausdrückliches Vertrauensvotum, muß über dieses zuerst abgestimmt werden. Nun ist aber die Sozialdemokratie entschlossen, das Vertrauensvotum abzulehnen. Den deutschnationalen unmotivierten Mißtrauensantrag wird sie dagegen nicht annehmen. Sollten aber die bürgerlichen Koalitionsparteien keinen Vertrauensantrag stellen, der deutschnationale Mißtrauensantrag abgelehnt werden und der sozialdemokratische Mißtrauensantrag wegen seiner sachlichen Begründung auch nicht die Unterstützung der Deutschnationalen finden, dann gibt es immer noch die Möglichkeit, daß sich die deutschnationale Fraktion bei der Abstimmung über den sozialdemokratischen Mißtrauensantrag der Stimme enthält, um dadurch das Kabinett zu Fall zu bringen. Der sozialdemokratische Mißtrauensantrag würde dann nämlich mit Unterstützung der Kommunisten gegen die Stimmen der übrigen Parteien angenommen werden. Jedenfalls hält die Sozialdemokratie das Schicksal des Kabinetts in der Hand, damit aber auch die schwere Verantwortung für alle daraus entstehenden Folgen.

In der weiteren Debatte bringen die volksparteilichen Abgg. Brüninghaus und Leutheußer die Entstellungen Fellisch's und Fröhlich's auf das richtige Maß zurück. Die Behauptung des deutschvölkischen Abg. Henning, daß seine Partei keine hochverräterischen Pläne verfolge, führt zu einem

Zusammenstoß mit dem Reichswehrminister

Reichsminister De Geßler: Wie erklären Sie die Versuche Ihres Freundes Roßbach, in der Offiziersschule in München Meuterei hineinzubringen? Sie haben dort acht junge Leute auf dem Gewissen. Als alter Offizier sollten Sie, Herr Henning, es nicht unterstützen, daß derart mit dem Eide gespielt wird. (Sehr wahr! links.)

Abg. Henning (Deutschvölkisch): Der Offiziereid ist mir stets heilig gewesen. Dem General v. Lossow ist vom Wehrministerium nach Niederschlagung des Putsches ein Glückwunsch zugegangen. (Lärm links.)

Minister Geßler: Ich bitte, mir den Gewährsmann für diese Behauptung namhaft zu machen. Sonst wäre ich genötigt, sie eine niederträchtige Verleumdung zu nennen.

Abg. Henning (Deutschvölkisch): Ich bin bereit, mich an die Herren in München zu wenden.

Hierauf wird die Erörterung abgebrochen. Gegen 10 Uhr abends vertagt das Haus die Weiterführung der politischen Aussprache auf Freitag 11 Uhr vormittags.

* * *

Die Erkrankung Helfferichs

Der deutschnationale Reichstagsabgeordnete Helfferich, der schon seit längerer Zeit an einem Darm- und Magenleiden erkrankt ist, hat sich auf Anraten des Arztes zur Kur nach Italien begeben, wo er sich wahrscheinlich einer Operation unterziehen wird.

Das Anleiheangebot an das Kabinett Stresemann

Wie bereits mitgeteilt, ist der Reichsregierung von einem ausländischen Konsortium eine Anleihe von einer Milliarde Gold angeboten worden. Der deutschnationale Abg. Hergt hatte bestritten, daß dieses Angebot ausdrücklich der jetzigen Regierung Stresemann gemacht worden sei. Die leitenden Persönlichkeiten des ausländischen Konsortiums, die seit mehreren Wochen in Berlin weilen, haben, wie die „Tea" zu melden weiß, Hergt aufgesucht und ihn ersucht, seine unrichtige Behauptung richtigzustellen. Falls die Regierung Stresemann zurücktritt, werde das Konsortium sich genötigt sehen, von ihrem Angebot zurückzutreten und Berlin augenblicklich zu verlassen.

* * *

Zu der Meldung über einen deutsch-amerikanischen Tauschplan Weizen gegen Kali, erfährt die „Kölnische Volkszeitung", daß eine Kommission der großen amerikanischen Farmervereinigung das Kalisyndikat, die Stickstoffwerke und andere Werke besucht hat, um sich über die Lage der deutschen Düngeindustrie zu unterrichten und die Möglichkeit von amerikanischen Weizenlieferungen im Umtausch gegen Kali zu studieren. Das Kalisyndikat hat den amerikanischen Vertretern seine Bereitwilligkeit zu diesbezüglichen Vereinbarungen erklärt.

Die Ausgabe der Rentenmark

⊡ Berlin, 23. Nov. (Von unserem Berl. Büro.) Bis zum Mittwoch war, wie der Präsident der neuen Rentenbank, der ehemalige preußische Finanzminister Dr. Lentze, Pressevertretern auseinandersetzte, etwa 340 Millionen Rentenmark dem Reich zur Verfügung gestellt. Diese Summe entspricht dem doppelten gegenwärtigen Papiergeldumlauf. Täglich werden 40 weitere Millionen fertig, bis Mitte Dezember denkt man den ganzen Geldbedarf in Rentenmark decken zu können. Die Postanstalten werden wohl schon in den nächsten Tagen die Rentenmark in den Postscheckverkehr aufnehmen. Durch das Einziehen der Papiermark würde allerdings eine starke Zahlungsmittelknappheit unvermeidbar eintreten, aber das Hamstern von Rentenmark würde so unterbunden werden. Die gesamte schwebende Schuld des Reichs bedeutet bei dem gegenwärtigen Kursstand nur eine Belastung von 191 Millionen Goldmark. Den verzinslichen Rentenmarkkredit in Maximalhöhe von 900 Millionen Rentenmark hat das Reich bisher zur Hälfte in Anspruch genommen. Der Verwaltungsrat der Rentenbank vertritt die sehr verständige Auffassung, daß es seine gewisse Pflicht sei, dafür zu sorgen, daß das Reich mit diesen 900 Millionen tatsächlich auch auskommt. Unberührt von dem Druck der Papiermark für das Reich bleibt der Druck von Papiermark, die durch die Reichsbank als private Notenbank aufgrund bankmäßiger Deckung herausgegeben wird. Dieser Druck wird natürlich weiter gehen, er hat mit Inflation nichts zu tun.

Die Verhandlungen über die Staatsarbeiterbezüge

Gestern nachmittag fanden im Reichsfinanzministerium nochmals mit den Organisationen der Staatsarbeiter Verhandlungen über die Einführung von Goldlöhnen statt. Die Regierung hat den Staatsarbeitern Stundenlöhne zwischen 19 und 29 Pfennigen angeboten. Bei den Verheirateten sollen sich diese Sätze um 2½ Pfg. Frauenzulage und 2½ Pfg. Kinderzulage erhöhen. Ein verheirateter Staatsarbeiter mit einem Kinde würde also 70% seines Friedenslohnes erhalten. Die Gewerkschaften erklärten sich mit diesen Sätzen nicht einverstanden. Die Regierung wies demgegenüber darauf hin, daß in den Staatsbetrieben im Gegensatz zur Privatindustrie noch keinerlei Kurzarbeit eingeführt sei und daß die Staatsarbeiter daher ihren vollen Lohn erhalten.

Ueber 200 000 Billionen geraubt

Am 16. November beschlagnahmten die Franzosen bei der Reichsbankstelle Düsseldorf 35 000 Billionen. Die Gesamtsumme der von den Franzosen und Belgiern seit dem Einbruch in das Ruhrgebiet fortgenommenen Reichsbankgelder hat damit die Ziffer von 200 000 Billionen überschritten.

* Die wirtschaftliche Außenstelle der Reichsregierung in Heidelberg ist aufgelöst worden. Ihre Aufgaben werden wieder von denjenigen Behörden erledigt, die vor ihrer Einrichtung im einzelnen zuständig waren.

Die deutsche Antwort auf die Botschafternoten

Das „Berliner Tageblatt" erklärt nach Erkundigung an unterrichteter Stelle, daß die Pressenachricht, die Reichsregierung denkt daran, auf die Note der Botschafterkonferenz über die Wiederaufnahme der Militärkontrolle in Deutschland eine Antwort zu erteilen, in der voraussichtlich die grundsätzliche Bereitschaft für Erfüllung der Kontrollparagraphen des Friedensvertrages ausgesprochen, aber noch einmal auf die Gefahren von Zwischenfällen hingewiesen würde, nicht den Tatsachen entspricht. In der Note der Botschafterkonferenz ist eine Antwort von der Reichsregierung nicht verlangt worden. Zu einer Antwort liegt zur Zeit ebensowenig Veranlassung vor, als die Botschafterkonferenz selbst noch eine weitere Mitteilung durch die Vorsitzenden der Kontrollkommission und des Luftfahrtgarantieausschusses in Aussicht gestellt hat.

England und Frankreich

Zu den Noten der Botschafterkonferenz an die deutsche Regierung schreibt der Pariser Berichterstatter der „Times", im allgemeinen könne gesagt werden, daß die britischen Ansichten auf der ganzen Linie Entgegenkommen gefunden hätten. Nach Londoner Meldungen kostete es große Mühe, Poincaré von der Ausführung seiner neuen Pläne gegen Deutschland abzubringen, die die Besetzung Hamburgs und Bremens für die nächste Woche einschlossen. Ohne Mussolini wäre es England sicher nicht gelungen. Von englischer Seite wurde den Franzosen klar gemacht, daß jedes künftige Einzelvorgehen Poincarés von England als Vertragsverletzung aufgefaßt würde.

Reuter veröffentlicht einen Auszug aus dem Bericht des amerikanischen Botschafters in Paris Harrick über die Zusammenkunft der Botschafterkonferenz am Montag. Der Bericht meldet, Lord Crewe habe den Botschaftern erklärt, Großbritannien hoffe, daß Frankreich die sehr ernsten Folgen einer weiterhin isolierten Aktion erwägen werde, die darin bestehen werden, daß die Entente in Gefahr käme. Crewe fügte hinzu, wenn die Franzosen entgegen den britischen Wünschen eine solche Politik durchsetzen werde, werde Großbritannien sich genötigt sehen, seine Vertreter aus den verschiedenen interalliierten Kommissionen zurückzuziehen. Der italienische Botschafter unterstützte die britische Haltung, während der belgische mitteilte, daß er sich der französischen Auffassung nicht anschließen könne, ohne zuvor in Brüssel anzufragen. Cambon habe hierauf die erste bedeutsame Konzession gemacht, indem er erklärte, Frankreich beabsichtige nicht, territoriale Sanktionen zur Anwendung zu bringen.

Deutsche Propaganda für Poincaré

Die Pariser Regierungsblätter veröffentlichten am Dienstag drei Artikel deutschen Ursprungs, bestimmt, für Poincarés Sanktionen die entsprechende „Rechtfertigung" zu schaffen. Der erste ist eine Erklärung Ehrhardts, der dem schwedischen Journalisten Berndson („Aftonbladet") schriftl. Mitteilungen über „die Vorbereitung des deutschen Revanchekrieges" gemacht hat. Jules Cambon las Ehrhardts Aeußerungen in der Botschafterkonferenz vor und konstruierte daraus die Behauptung, daß die Ausführungen der französischen Militärs über Deutschlands Rüstungen auf Richtigkeit beruhen. Der zweite Artikel stammt aus der Feder Maximilian Hardens und ist in mehreren „neutralen" Zeitungen Hollands und Skandinaviens erschienen. Harden bereitet darin auf die Hohenzollernmonarchie vor; er schildert die Rolle des Kronprinzen als das Vorspiel zur Wiedererrichtung der Monarchie und schiebt auf die Sozialdemokraten Scheidemann, Schmidt, Sollmann, Noske die Schuld. Auch Hardens „Enthüllungen" sind für Poincaré wertvoll.

Der dritte Artikel ist dem Chefredakteur der „Vossischen Zeitung", Georg Bernhardt, zu verdanken. Er wurde in der „Revue de Genève" veröffentlicht. Bernhardt sagt, daß er in seinem Lande unaufhörlich angegriffen werde, weil er sich in gutem Glauben bemühe, Frankreichs Politik zu verstehen. Er teilet sich die für Poincarés Besetzungs-„Politik" sehr nutzbringende Erklärung: „Ich weiß, daß die Alliierten Frankreichs diesem Lande das Recht zugestanden haben, zwecks Einziehung der Reparationen zur Okkupation deutschen Bodens und zur Pfandnahme überzugehen." (Die englischen Rechtskenner sind anderer Meinung!) Schließlich bekundete er echte Rührung, „weil Wilson und Lloyd George Frankreich betrogen haben." Er schließt seinen Artikel mit folgenden Worten: „Die Franzosen haben nichts gewonnen; sie sind von den Engländern hereingelegt worden; der Versailler Friede ist eine Niederlage für Frankreich."

Gibt es ein besseres Mittel, um die französischen Ultras aufzuheben? Läßt sich für den „wahren Frieden", den die Poincaristen fordern, bessere Propaganda machen? Bernhardt verdient unbedingt das Ritterkreuz der französischen Ehrenlegion.

Reichszerfall und Reichswehr

In dem Brüsseler Franzosenblatte „Nation Belge" berichtet der nationalistische Schriftsteller Jacques Bainville, daß in französischen Regierungskreisen die Erkenntnis durchgedrungen sei, nur die Auflösung des Deutschen Reiches in Einzelstaaten könne und werde den Frieden und die Ruhe in Europa bringen. Um dieses Ziel zu erreichen, sei die Auflösung der Reichswehr unbedingt nötig, denn diese „Armee im kleinen" bildet noch den einzigen Halt des Einheitsgedankens. Ohne Reichswehr würde ein Deutschland unmöglich sein. Bainville glaubt zu wissen, daß die Beseitigung der Reichswehr eine Hauptforderung Poincarés in der Sicherungsfrage wäre.

Eine Demarche der deutschen Ruhrindustriellen

Die aus deutscher Quelle stammende Nachricht von der Wiederaufnahme der Verhandlungen zwischen der rheinisch-westfälischen Industrie und der Micum wird in Pariser Blättern dahin richtiggestellt, daß vorgestern tatsächlich Vertreter der in Betracht kommenden deutschen Gruppen dem Chef der französischen Mission den Wunsch unterbreitet hätten, die Verhandlungen fortzusetzen. Da diese Demarche aber von keinerlei Mitteilungen begleitet gewesen sei, auf welcher Basis man die Besprechungen wieder aufzunehmen gedenke, sei eine definitive Antwort nicht möglich gewesen. Solange von deutscher Seite nicht die ausdrückliche Versicherung abgegeben werde, daß man auf die Forderungen, die in der vergangenen Woche den Bruch herbeigeführt hätten, verzichten werde, müsse man annehmen, daß es sich nur um ein taktisches Manöver handele, das in erster Linie dazu bestimmt sei, die Alliierten an der Beschlagnahme weiterer Zechen zu verhindern.

Verhandlungen der Rheinlandkommission mit der deutschen chemischen Industrie

Wie das „Echo du Rhin" meldet, werden die Verhandlungen zwischen der Rheinlandkommission und den Vertretern der chemischen Industrie über die Wiederaufnahme der Reparationslieferungen fortgesetzt. Außer dem bereits mit den Höchster Farbwerken und der Firma Bayer abgeschlossenen Verträgen erwartet man demnächst den Abschluß eines Abkommens mit der Bad. Anilinfabrik.

Beschlagnahme neuer Zechen

Die Franzosen haben die zum Rhein-Elbe-Konzern gehörige Zeche „Erin" in Kastrop (Gelsenkirchener Bergwerks A.-G.) und „Westhausen" in Bodelschwingh, derselben Zeche gehörend, in eigene Regie genommen. Nur ein kleiner Teil der höheren Beamten wurde von den Franzosen übernommen.

Eine Erklärung des Zechenverbandes

Bei einer Besprechung in Bochum mit den Vertretern der vier Bergarbeiterverbände erklärte der Zechenverband, die Kündigungen nicht zurücknehmen zu können und er werde sich künftig nicht mehr an den Zentralverhandlungen und auch nicht an den in Berlin stattfindenden Lohnverhandlungen beteiligen. Der Bergbau müsse auf dem 8½-Stundentag bestehen. Infolge dieser Haltung waren auch keine Vertreter des Bergbaues zu der für gestern nach Hamm anberaumten Besprechung mit dem preußischen Ministerpräsidenten erschienen. Heute sollen die Verhandlungen zwischen dem Bergbau und der französischen Kontrollkommission wieder aufgenommen werden.

Bayern nach dem Putsch

Ludendorff bittet die „Kreuzzeitung", mitzuteilen, daß er die bayerische Staatsangehörigkeit nicht erworben hätte.

Wie die „Voss. Ztg." hört, werden die in Innsbruck festgestellten Führer des Hitler-Putsches nicht an das Deutsche Reich ausgeliefert sondern nach Erhalt ihrer Ausweisdokumente an die Grenze desjenigen Landes übergeführt werden, das sie selbst angeben. Hauptmann Göhring liegt einstweilen noch mit einer Schußverletzung am Oberschenkel im Krankenhaus.

Hindenburg mahnt zu Versöhnung und Einigkeit

Generalfeldmarschall v. Hindenburg veröffentlicht folgende Kundgebung:

„Ich beklage tief, daß deutsche, von gleicher Vaterlandsliebe beseelte Brüder sich in München feindlich gegenübertraten und damit zur Freude unserer Gegner einen Riß im Volksleben geschaffen haben. Reicht Euch, wie wir Alten es 1866 auch getan haben, über die Gräber der auf beiden Seiten im festen Glauben an ihr gutes Recht Gefallenen hinweg zur Versöhnung die Hand! Unser armes Vaterland bedarf in der größten Not doppelt der Einigkeit!"

Regie und deutsche Eisenbahner

Havas stellt in einer Koblenzer Meldung fest, daß sich seit dem 17. Oktober 126 057 deutsche Eisenbahner bei der französisch-belgischen Regie zur Aufnahme der Arbeit gemeldet haben. Diese hat jedoch bis jetzt nur 43529 Eisenbahner eingestellt. Aus der Tagesziffer der Einstellung von 640 ergibt sich, daß die versprochene Annahme von 8400 deutschen Eisenbahnern bis zum 10. November in dem tatsächlichen Verhältnis keinerlei ernste Unterlagen hatte. Die mündlichen Verhandlungen zwischen den französischen Behörden und den Vertretern des deutschen Verkehrsministeriums dauern in Mainz noch an.

„Heldentaten" der Separatisten

Während der skandalösen Herrschaft der separatistischen Brigantenbanden in der Koblenzer Gegend wurde in dem Ort Lay von einer separatistischen Bande unter dem Vorwand, nach Waffen zu suchen, ein Massenraub von Vieh und sonstigem Eigentum der Bewohner veranstaltet. Die Schweine wurden vielfach in den Ställen abgeschlachtet. In diesem Falle fanden es sogar die Besatzungsbehörden für ratsam, die Bewohner zum Selbstschutz mit Waffen zu versehen. In Koblenz und Lahnstein hat der Führer der Sonderbündler jedem Gesinnungsgenossen 50 Billionen Sonderbündlergeld geschenkt, worauf die ganze Bande in die Geschäfte in Koblenz eindrang und alles aufkaufte, was sie bekommen konnte. Als die Geschäftsleute später das Geld zur Bank brachten, wurde ihnen die Annahme des Sonderbündlergeldes verweigert. Wie sich jetzt herausstellt, hatten die rheinischen Truppen im Honnefer Stadtwald etwa 600 Mann Verluste, darunter 160 Tote. Die Zahl der Umgekommenen läßt sich aber genau noch nicht feststellen.

Badische Politik

Prinz Max von Baden gegen den Bruderkrieg

In einer Versammlung der Bürgermeister des Bezirks Ueberlingen, die unter dem Vorsitz des Landeskommissärs tagte, hielt Prinz Max von Baden eine Ansprache, in der er dem „Seeboten" zufolge u. a. folgendes ausführte:

„Ich glaube fest an Deutschlands endliche Errettung. Internationale Erfahrungen und die Geschichte sagen mir beide, daß eine Politik, wie sie Frankreich heute macht, früher oder später elend zusammenbrechen muß. Frankreichs Gewalttätigkeit, Frankreichs gewissenlose Grausamkeit, Frankreichs Verachtung aller Rechte richtet sich nicht nur gegen uns Deutsche, sie richtet sich auch gegen die neutralen Länder und die ehemaligen Verbündeten. Es ist nicht anders möglich, als daß ein Umschwung in der europäischen Lage sich anbahnen muß . . . Die einzige und letzte Hoffnung Frankreichs, sein Ziel, die Vernichtung Deutschlands zu erreichen, das ist das deutsche Chaos, die deutsche Selbstzerfleischung und Auflösung. Frankreich setzt seine Hoffnungen auf alle diejenigen, die planmäßig den Bruderkrieg in Deutschland vorbereiten. Darum sage ich: Wer heute den Weg der Gewalt wählt, wo der Weg des Rechtes offen steht, mag er Kommunist sein oder Rechtsradikaler, der ist, ob er will oder nicht, Frankreichs Bundesgenosse. Wir haben es in diesen Tagen erlebt; ein tönender Jubelschrei ging durch ganz Frankreich, als in München der Bruderkrieg begann. Wer heute über seinen Nächsten lügt und ihn verleumdet, wer Stände, Konfessionen, Stadt und Land gegeneinander hetzt, der bereitet dem Bürgerkrieg den Boden vor."

Zur Verhaftung der Landtagsabg. Frau Unger

erklärt die Offenburger Staatsanwaltschaft, daß die gegen Frau Unger erlassenen Haftbefehle sowie ihre Festnahme nicht gegen die Reichs- und Landesverfassung verstoßen. Auf den im Artikel 37 der Reichsverfassung gewährleisteten Schutz hat ein Abgeordneter nur Anspruch während der Sitzungsperiode des Landtags. Der badische Landtag war aber damals geschlossen. Es ist nicht richtig, daß es „beinahe" zur Gewaltanwendung gekommen wäre; richtig ist vielmehr, daß eine große Zahl von Personen, die damals in Offenburg keine Polizei und keine Gendarmerie zu fürchten hatten, die festzunehmenden Personen mit Gewalt befreiten, wobei zwei Beamte der Staatsanwaltschaft, die nichts taten wie ihre Pflicht, durch Faustschläge mißhandelt wurden.

Letzte Meldungen

Kommunistische Unruhen

Essen, 22. Nov. Die Kommunisten hatten für heute nachmittag auf dem Republikplatz zu Kundgebungen aufgerufen. Von auswärts anrückende Züge wurden von der Polizei zurückgedrängt und aufgelöst. Dabei kam es besonders in Rotthausen und Speele zu Ausschreitungen. In Rotthausen wurden mehrere Polizeibeamte von der bewaffneten Menge angegriffen. Ein Polizeibeamter wurde getötet. Im weiteren Verlaufe des Nachmittag kam es in Essen wiederum zu Zusammenstößen, bei denen die Polizei von der Waffe Gebrauch machen mußte. Polizei mit Panzerkraftwagen standen zur Sicherung bereit. Bei einer Schießerei wurde im Verlaufe ein Polizeibeamter getötet und ein weiterer schwerverwundet. Wie bisher bekannt, hatten die Demonstranten 15 Verwundete. Die Zahl der Toten steht noch nicht fest. Von der Polizei wurde eine Anzahl Personen verhaftet.

⊡ **Berlin**, 23. Nov. (Von unserem Berliner Büro.) In Berlin sind gestern mehrfach Plünderungen von Bäckerläden vorgekommen. Auch jetzt war der Norden und Osten der Stadt die Hauptstätte der Tumulte.

Hamburg, 23. Nov. Der Dampfer „Reidenfels" der Deutschen Schiffahrtsgesellschaft Hansa und der russische Dampfer „Alpis" sind nach Blättermeldungen bei Brunshüttel zusammengestoßen. Das deutsche Schiff wurde nach Löschung der für England bestimmten Ladung in Reparatur genommen. Das russische konnte nach behelfsmäßiger Dichtung den Hamburger Hafen erreichen.

X **Pirmasens**, 22. Novbr. Wie die „Pirmasenser Ztg." erfährt, haben die Verhandlungen der hiesigen Schuhindustrie mit der Zollrente, die seit einigen Tagen stattfanden, am Samstag ihren Abschluß durch die Unterzeichnung eines Abkommens gefunden. Der mit den drei hiesigen Fabrikantenvereinen abgeschlossene „Privatvertrag" sieht vor, die Rheinzollrente für Schuhwaren insofern zu beseitigen, als drei Monate lang nur 1 Prozent Zoll erhoben wird. Die auszuführenden Schuhe bedürfen nur der Auslandsgenehmigung durch Bad Ems, die Auslandsgenehmigung wird wie bisher in Ludwigshafen erteilt. Ueber die Menge der auszuführenden Waren behalten sich die Franzosen die Entscheidung von Fall zu Fall vor. Wichtig ist, daß ausdrücklich in dem Vertrag festgelegt ist, daß sich seine Gültigkeit nur auf die Mitglieder des deutschen Schuhfabrikantenverbandes erstreckt. Andere Fabrikanten müssen nach wie vor 6 Prozent Ausfuhrzoll bezahlen, bis auch sie ein ähnliches Abkommen getroffen haben. Die Menge der auszuführenden Schuhe beträgt nach Deutschland 3000 Tonnen, das sind 4,7 Millionen Paar und nach dem Ausland 300 Tonnen, das sind 400 000 Paar Stiefel.

MARCHIVUM

Zur Gaspreisfrage

Referat über die Abhandlung von Baurat Dipl.-Ing. de Grahl und Direktor Dipl.-Ing. H. R. Trenkler in Glasers Annalen

Von Dipl.-Ing. Adolf v. Lippmann-Darmstadt

Die beiden Verfasser, die als anerkannte Sachverständige anzusprechen sind, weisen an Hand sehr gründlicher Untersuchungen nach, daß die Kohlenpreisformel, die die Gaswerke bisher ihrer Tarifberechnung zugrunde gelegt haben, den tatsächlichen Verhältnissen in keiner Weise entspricht. Sie ergibt im Durchschnitt drei- bis vierfach zu hohe Verkaufswerte. Eine gerechte Feststellung des Verkaufspreises verlangt eine bessere Würdigung der Verkaufspreise der Nebenprodukte, insbesondere aber die Würdigung des Umstandes, daß die Verkaufspreise der Nebenprodukte teilweise in viel höherem Maße gestiegen sind als die Kohlenpreise. Die Verfasser stellen eine Berechnungsformel auf, die allen heute in Betracht kommenden Einzeleinflüssen gerecht wird, und kommen auf Grund dieser Formel an Hand der Oktober-Goldpreise für Kohlen usw. zu einem Preis von nicht einmal 4 Goldpfennig für das Kubikmeter Gas. Sie verlangen, daß die Gaswerke unter Zuziehung kaufmännisch und wirtschaftlich geschulter Techniker für den Betrieb ihrer Werke passende Berechnungsformeln aufstellen. Den Hauptgrund für das unrentable Arbeiten verschiedener Gaswerke trotz der vorhandenen erheblichen Gewinnmöglichkeiten sehen die Verfasser in dem schlechten kaufmännischen Gebaren dieser Werke. Eine Lösung der in Betracht kommenden schwierigen Fragen erkennen die Verfasser in einer verständigen Zusammenarbeit der Werke mit den Verbrauchern, wobei das Ziel vor allem auf die wirtschaftliche Reorganisation der Betriebe zu richten ist.

Der Verfasser der nachfolgenden Ausführungen kommt, wie er einleitend bemerkt der Aufforderung des „Darmstädter Tagblatts", über die vorerwähnte Abhandlung zu berichten, um so lieber nach, als die Ausführungen der beiden anerkannten Fachleute, die sich mit den Mannheimer Verhältnissen völlig decken, restlos mit seinen eigenen Beobachtungen und Erfahrungen übereinstimmen.

Vor Eingehen auf die sehr gründlichen und die heutigen Verhältnisse nach jeder Richtung hin berücksichtigenden Untersuchungen der beiden Spezialkollegen erscheint es zweckmäßig, die Worte, die die Schriftleitung der Glaserschen Annalen ihrer Arbeit vorangestellt hat, auch hier zu wiederholen. Sie sagte:

„Die Berechnung der Gas- und Elektrizitätstarife hat in der Bevölkerung lebhaften Unwillen erregt und sich weder als finanziell tragbar noch vom juristischen Standpunkt als stichhaltig erwiesen. Die Verbraucher halfen sich teilweise dadurch, daß sie ohne Anerkennung der Valorisierung den Gaspreis berechneten und den Betrag an die Gesellschaften einsandten, während andere Verbraucherschichten, denen zu diesem offenen Widerstande Mut und Kenntnis der Dinge fehlten, es sich gefallen lassen mußten, daß ihnen das Gas und Elektrizität gesperrt wurden. Nur ein kleiner Teil der Bevölkerung war in der Lage, die ungeheuerlichen Kosten aufzubringen. Die beiden Verfasser haben sich die schwierige Aufgabe gestellt, ohne Ansehen der Person die Sachlage lediglich vom Sachverständigenstandpunkt aus zu behandeln, um eine Klärung der vielumstrittenen Frage herbeizuführen."

Diese Zeilen, die für Berliner Verhältnisse geschrieben sind, sind wichtig genug. Denn sie sagen nicht mehr oder weniger, als daß es sich hier um eine größere Sache handelt. Nicht um den Kampf gegen ein einzelnes, nicht auf wirtschaftlicher Höhe stehendes Werk, sondern um den Kampf gegen die Organisation und die Mentalität der Gaswerke. Es ist also hier noch lange nicht das letzte Wort gesprochen worden; die Angelegenheit dürfte auch noch Landtag und Reichstag zu beschäftigen haben.

Die Verfasser teilen ihre Abhandlung in einen technischen und einen wirtschaftlichen Abschnitt. Zu Anfang des technischen Teiles stellen sie das mit aller Klarheit heraus, was die Gaswerke immer so gern als nebensächlich hinstellen möchten, wenn man auf die Gestehungskosten des Leuchtgases zu sprechen kommt: Bei der Herstellung des Leuchtgases durch Destillation von Steinkohlen ist nicht das Leuchtgas das Hauptprodukt. Als Hauptprodukt, sowohl der Menge als dem Werte nach, muß der Destillationsrückstand, der Koks, bezeichnet werden; daneben entfallen aber noch zahlreiche Nebenprodukte in wechselnder Menge, wie Ammoniak oder Ammonsulphat, Teer, Benzol, Zyan und schwefelhaltige Gasreinigungsmasse. Die Ausbeute an Nebenprodukten ist von der Qualität der vergasten Kohle abhängig, mehr aber noch von der technischen Vervollkommnung der angewandten Verfahren und Einrichtungen. Ein richtiger und gerechter Gaspreis kann also nur bestimmt werden, wenn man nicht nur die Kohlenkosten, bezw. deren Steigerung berücksichtigt, sondern auch die Menge und die Wertsteigerung der Nebenprodukte.

Die Verfasser geben in einer Zahlentafel die Gasabgabe und Nebenproduktengewinnung bei 17 verschiedenen Gaswerken wieder, und zwar für die Jahre 1913 bis 1918. Wer sich näher dafür interessiert, wird in dieser Tafel ein reiches Vergleichsmaterial finden, wir müssen uns hier begnügen, ein paar Zahlenangaben herauszugreifen, die wir zur Stützung unserer Auffassung benötigen. So hatte z. B. in dem Betriebsjahr 1917/18 das Gaswerk Nürnberg, das mit Schrägretorten arbeitet, unter den 17 aufgeführten Gaswerken die höchste Gasausbeute mit 387 Kubikmeter für die Tonne (1000 Kilogramm) vergaster Kohle, während Leipzig, das mit gemischten Ofenanlagen arbeitet, mit 283 Kubikmeter für die Tonnen am niedrigsten stand. Das stimmt mit meinen Berechnungen insofern überein, als die von mir für ein neuzeitlich eingerichtetes Gaswerk zugrunde gelegte Gasausbeute von 300 Kubikmeter für die Tonne vergaster Kohle gewiß nicht zu hoch gegriffen erscheint.

Nachdem die Verfasser in der vorerwähnten Tabelle nun zunächst die Ausbeuteziffern für Gas und Nebenprodukte nicht nur für die Verhältnisse der Vorkriegszeit, sondern auch die der Kriegszeit festgelegt haben, beschäftigen sie sich mit der Verschlechterung der Kohlenqualität, die während des Krieges und nach dem Kriege eingetreten ist. Sie leugnen diese Verschlechterung keineswegs, halten aber ein, daß die Gaswerke ein Gegengewicht dadurch geschaffen haben, daß sie auch die Gasqualität verschlechterten, entweder durch die Beimischung billigeren Wassergases oder durch die Einführung des nassen Betriebes. Das letztere ist besonders zu der Zeit angewandt worden, als während des Krieges die Koksproduktion wegen der notwendigen Erhöhung der Nebenerzeugnisausbeuten künstlich gesteigert werden mußte. Die Zahlentafel zeigt, daß die Beimischung von Wassergas in der Regel 15 bis 25 v. H. beträgt, die Statistik weist aber auch Werke nach, welche das Leuchtgas mit Beimengungen von über 40 v. H. gestreckt haben. Darmstadt ist sogar schon bis an 60 v. H. gegangen! Der Heizwert des gelieferten Gases, der für reines Destillationsgas etwa 5400 Wärmeeinheiten beträgt, ist dementsprechend natürlich heruntergegangen, da das beigemischte Wassergas ja nur einen Heizwert von 2600 Wärmeeinheiten besitzt.

Bei Besprechung der Ausbeuteziffern der Nebenprodukte erörtern die Verfasser die Faktoren, die in den letzten Jahren zu einer Verbilligung der Gestehungskosten des Leuchtgases geführt haben, ohne dabei die durch die Steigerung der Kohlenpreise, der Löhne, der Frachten und andere mit der Geldentwertung zusammenhängende Faktoren außer acht zu lassen, die natürlich das Gegenteil bewirken. So führen sie an, daß durch Uebergang auf die Vergasung von Braunkohlen anstatt derjenigen von Koks für die Unterfeuerung der Oefen gerade bei den heute so hohen Kohlenpreisen außerordentlich gespart werden kann. Auch halten sie die Teer- und Ammoniakausbeute noch für sehr steigerungsfähig und betonen, daß die Teergewinnung zudem den Gaswerken noch einen besonderen Vorteil brachte, weil sie, entsprechend der Menge an Teer, einen Teil der verarbeiteten Kohlen steuerfrei erhielten. Sie weisen darauf hin, daß die Benzolwaschung während des Krieges und nach dem Kriege technisch ganz besonders entwickelt worden ist, da die früheren Ausbeuten nur etwa 30 v. H. von dem im Gas enthaltenen Benzol entsprachen, daß also mit anderen Worten auch hier erhebliche Steigerungen der Ausbeuten möglich sind, wenn nur die neueren technischen Errungenschaften richtig verwertet werden. Zum Schluß kommen sie auf die Unkosten und auf den Faktor zu sprechen, der eingesetzt werden muß, um die notwendige Verzinsung und Tilgung des Anlagekapitals, die Rücklage und den Nutzen zu decken.

Um sich Klarheit über die Einflüsse der veränderten Wirtschaftslage auf die Preisbildung zu geben, haben die Verfasser die genauen Betriebsaufstellungen von drei großen Werken durchgerechnet und geprüft. Es stellte sich dabei heraus, daß sich die Unkosten sehr gut in Beziehung zu den Kohlenpreisen bringen lassen, indem Friedenszeit, Kriegszeit und Nachkriegszeit keine wesentlichen Unterschiede zeigen. Auch für den Faktor, der Verzinsung und Tilgung des Anlagekapitals usw. berücksichtigen soll, ließen sich an Hand der Erfahrungen brauchbare Werte finden. Die Verfasser haben auf Grund ihrer Untersuchungen eine Formel aufgestellt, die auch unter heutigen Verhältnissen eine zuverlässige Berechnung des rationellen Gaspreises ermöglicht. Die Formel berücksichtigt alle Faktoren, die den Gaspreis beeinflussen können und zwar:

1. den Kohlenpreis in Mark,
2. die Unkosten für die Tonne entgaster Kohle in Mark
3. die Ausbeuten an Nebenprodukten (Ammoniak, Teer, Koks, Benzol, Zyan, Gasreinigungsmasse, Graphit) für die Tonne entgaster Kohlen in Kilogramm,
4. die Preise der Nebenprodukte in Mark pro Kilogramm,
5. die Gasausbeute in Kubikmeter pro Tonne entgaster Kohle,
6. die notwendige Verzinsung und Tilgung des Anlagekapitals, die Rücklage und den Nutzen.

Wer sich dafür interessiert, kann mit dieser Formel an Hand der in der bereits erwähnten Zahlentafel gegebenen stark abweichenden Ziffern selbst überprüfen, wieviel oder, besser gesagt, wie wenig der Gaspreis von den Ausbeuten beeinflußt wird. Entscheidend ist letzten Endes nur der Kokspreis, und der ist gegenüber den Friedensverhältnissen weit schneller gestiegen als der Kohlenpreis. Unter Einsetzung der Anfang Oktober gültigen Goldmarkpreise errechnet sich mit Hilfe der von den Verfassern aufgestellten Formel der Gaspreis je Kubikmeter zu 0,037375 Goldmark, (rund 4 Goldpfennig).

Da die westfälischen Richtpreise für Kohle und Koks eingesetzt sind, so könnte noch eingewendet werden, daß die gegenwärtig hohe Fracht für die Kohle berücksichtigt werden müsse. Dem ist entgegenzuhalten, daß auch die Kokspreise in den frachtungünstig gelegenen Städten oder Bezirken um diesen Frachtanteil höher sind, so daß sich dieser Umstand völlig ausgleicht. In Berlin kommt z. B. der Kleinhandelspreis einem Tonnenkokspreis von rund 84 Goldmark gleich; das ist aber ein Vorsprung, der tatsächlich größer ist, als dem Frachtanteil entspricht, weil darin ein Händlernutzen eingeschlossen ist. Die kaufmännisch organisierten Gaswerke mit ihrer wirtschaftlichen Vereinigung, die den Koksabsatz in Händen hat, können diese Differenz voll ausnutzen. Die Einsetzung der Richtpreise ist daher vollauf gerechtfertigt.

Zum Eingang des zweiten Abschnittes ihrer Abhandlung, der die wirtschaftlichen Fragen behandelt, sagen die Verfasser wörtlich: „Wie jedermann an Hand der Formel nachprüfen kann, ergibt diese selbst bei Einführung wesentlich ungünstigerer Ausbeuteziffern, die aber möglicherweise für einzelne Werke in Frage kommen mögen, immer noch Gaspreise, welche nur um etwa 10 bis 30 Prozent höher sind, als der von uns errechnete. Man betrachte nun diesen einwandfrei ermittelten Wert im Vergleich zu den von den Gemeinden und Gaswerken dekretierten Preisen, welche etwa drei bis viermal so hoch sind. Wo bleiben da die Interessen der Verbraucher?" Wir wollen nicht verfehlen, an dieser Stelle ein Moment zu erwähnen, das die heutigen Gaspreise noch ungerechtfertigter erscheinen läßt, und das ist die Qualität des Gases. Wer im Frieden 23 Goldpfennige für das Kubikmeter bezahlte, hat dafür 5200 Wärmeeinheiten erhalten. Wer heute in Darmstadt 23 Goldpfennige für das Kubikmeter zahlt, bekommt allerhöchstens 4000 Wärmeeinheiten, wenn nicht weniger, wegen der Streckung des Leuchtgases durch Wassergas. Man zahlt also für die gleiche Anzahl von Wärmeeinheiten, die man im Frieden für 23 Pfennig erhielt, heute 30 Goldpfennige. Alles unter der Voraussetzung, daß das Kubikmeter Gas im Frieden wirklich 23 Goldpfennige gekostet hat.

Die Verfasser untersuchen nun die Gründe dieser starken Abweichungen und stellen fest, daß man auch früher schon nicht gewohnt war, die Gaswerke als sehr rentable Betriebe anzusehen, obschon sie sehr erhebliche Gewinnmöglichkeiten hatten und mehr als den vollen Wert der verarbeiteten Kohle als Nutzen erzielen konnten. Der Hauptgrund für das unrentable Arbeiten vieler Gaswerke ist auch nach Ansicht der Verfasser in der schlechten kaufmännischen Gebarung der Werke zu suchen. Die Verfasser schreiben dazu: „In den letzten Jahren ist durch den wirtschaftlichen Zusammenschluß der Werke Vieles besser geworden, aber jeder Verbraucher wird an zahlreichen Kleinigkeiten die Schwerfälligkeit des bürokratischen Aufbaues mit seinen ungeheuren Leerlaufkosten beobachten können."

In den weiteren Erörterungen, in denen auch der Zahlungsmodus besprochen wird, der mit Rücksicht auf die Lage, in welche die Werke durch die Geldentwertung geraten sind, notwendig ist, stellen die Verfasser fest, daß Gaspreisbemessung und Zahlung zwei Dinge sind, die vollständig getrennt werden müssen. Aber das Publikum wird der von den Werken mit Rücksicht auf ihre Lage infolge der Geldentwertung gewünschten Verrechnung und Zahlung seines Gasverbrauches erst dann keinen Widerstand entgegensetzen, wenn es auch die Gewißheit hat, daß die ihm abgeforderten Preise gerecht sind. Diese Ueberzeugung hat das Verbraucherpublikum aber heute nicht und kann sie auch nicht haben. Die Verfasser verlangen nun, daß die einzelnen Werke ihre Berechnungsformeln gründlich ändern, wobei sie darauf hinweisen, daß die bisher gebräuchliche Formel, die nur den Kohlenpreis berücksichtigte, tatsächlich nicht einwandfrei ist. Als sehr bemerkenswerte Forderung stellen die Verfasser auf, daß bei der Aufstellung der Preisformel nur solche Werte eingesetzt werden, die bei richtiger Betriebsführung erreicht werden können, denn: „die Gaspreisregelung soll keinen Freibrief für bequemes Arbeiten darstellen, sondern im Gegenteil einen Anreiz zur Verbesserung der Betriebe geben, um die wirtschaftliche Lage im Interesse der Allgemeinheit zu heben. Die Schlußfolgerungen der Abhandlung wollen wir wegen ihrer Wichtigkeit wortgetreu wiedergeben. Die Verfasser sagen:

„Zur Festlegung der Formel für die verschiedenen Werke bezw. Städte müssen technische Ausschüsse geschaffen werden, die eine wirklich objektive Prüfung der Verhältnisse bei Zur-Verfügung-Stellung aller notwendigen Unterlagen vornehmen. Gasfachleute gehören in in diese Ausschüsse nicht (wie seinerzeit in die schiedsrichterlichen Kommissionen, welche die Kohlenpreisformel schafften), denn diese sind a priori-Partei; sie können nur Berater ohne Stimme sein, während man kaufmännisch erfahrene, im Leben stehende Techniker als Mitglieder ernennen müßte. Diese Ausschüsse würden auch sowohl in technischen wie in kaufmännischen Fragen den Werken zur Seite stehen können, was nach dem eingangs Dargelegten nicht in falschem Stolz abgewiesen werden dürfte. Denn die Regelung der Werktarife ist gerade zurzeit eine so schwierige Frage, daß sie nur durch gemeinsames Zusammenarbeiten der Werke und Verbraucher in beiderseitigem Interesse gelöst werden kann. Und eine solche muß jedem das Seine geben."

Naturwissenschaftliche Rundschau

Der Tierstaat

Der Staat gilt seit den Tagen der griechischen Philosophie als eine Schöpfung des menschlichen Geistes. Die Naturwissenschaft hat aber längst nachgewiesen, daß es auch im Tierreich Einrichtungen gibt, die eine gewisse staatliche Ordnung erkennen lassen. Man darf als die bekanntesten Tiervölker, die staatliches Leben in Umrissen zeigen, die Bienen und die Ameisen nennen. Der Tierstaat, der im Reinecke Fuchs gezeichnet wird, ist ein Gebilde dichterischer Phantasie, das menschliche Einrichtungen auf das Tierreich überträgt. Bei gewissen Tiervölkern aber sind feststehende Einrichtungen, die an staatliches Eigenleben erinnern, aus dem inneren Bedürfnis dieser Tiergattung hervorgewachsen. Trotzdem ergeben sich, wenn man näher zusieht, ganz interessante Parallelen. Vielleicht haben wir in unseren Tagen besonderen Anlaß zu solchen Betrachtungen. Wir stehen ja seit Jahren im Kampfe um unser staatliches Dasein und erleben an uns selbst, wie unerbittlich die Gesetze des staatlichen Werdens und Vergehens sind. Unter diesen Umständen mag es doppelt interessant sein, einmal im Tierleben ein Spiegelbild staatlichen Lebens zu betrachten.

Ueber die Biene und die Ameise ist schon sehr viel geschrieben worden. Einen neuen Blick in ähnliche tierstaatliche Verhältnisse läßt uns Professor Dr. Bastian Schmid in der Halbmonatsschrift „Natur" tun. Er beschäftigt sich mit dem Staate der „Termiten", die in den Tropen leben und deren Eigentümlichkeiten deshalb dem Europäer weniger bekannt sind. Wie bei den Ameisen, so unterscheiden wir auch bei den Termiten Geschlechtstiere, nämlich Männchen und Weibchen und Arbeiter. Im Gegensatz jedoch zu den Ameisen, mit denen die Termiten nur eine oberflächliche Aehnlichkeit und durchaus kein verwandtschaftliches Verhältnis haben, sind die Arbeiter männlichen und weiblichen Geschlechts, jedoch zur Fortpflanzung unfähig. Die Größe, Gestalt und Aufgabe der Arbeiter ist bei den Termiten noch viel weitgehenderen Differenzierungen unterworfen, als dort bei den Ameisen. Da haben wir die mit verschiedenen Aufgaben betrauten Arbeiter, die Soldaten und die Nasuti. Die beiden letzteren Typen stehen im Dienste der Verteidigung, und zwar liegen die Waffen der dickköpfigen Soldaten in den scharfen und kräftigen Mandibeln, jene der Nasuti im Sekret der Stirndrüsen, das durch Absonderung einer zähen Flüssigkeit ebenfalls zur Waffe wird. Zähflüssig wie das Sekret ist, wird der mit ihm berührte Gegner in seiner Bewegung schwer gehemmt und kampfunfähig. Auch die Nasuti kommen wie die Soldaten in verschiedenen Größen vor. Es gibt kleinere Soldaten, die lediglich eine Art Polizei- und Aufsichtsdienst unter den Arbeitern üben.

Allen Angehörigen der Arbeiterkaste an Größe überlegen thronen König und Königin in einer eigenen Zelle. Dort sind sie eingemauert, der König dicht an der Seite der ihm an Größe noch um vieles überragenden Gattin. Die Zelle hat einen flachen Boden, ein gewölbtes Dach und mehrfach durchbrochene Wände. Diese Oeffnungen sind sehr fein und gestatten nur den Arbeitern und Soldaten Zutritt, behindern aber ein Entweichen von König und Königin aus der Zelle. Soldaten und Aufsichtspersonal bilden den Schutz im Hofstaat und stehen in mäßigem Umkreise des Paares, während Arbeiter geschäftig sich hin und herdrängen, besorgt die Oberhäupter an allen Stellen zu reinigen, zu lecken und zu putzen, insonderheit die Königin zu versorgen.

Aehnlich den Ameisennestern können auch die Termitenbauten über und unter der Erde oder auf Bäumen angelegt werden. Die bekanntesten Bauten sind indes die Hügel, die zugleich ober- und unterirdische sind. Den Kern des Nestes bildet die Königszelle, um die sich mehr oder minder konzentrisch verschiedene Schichten für die Eier, Larven, Nymphen, für die Pilzkuchen, Ventilationsräume usw. legen. Letztere sind eine Art von Kaminen und dazu bestimmt, die Abzugsgase insonderheit jene der Pilzgärten zu entfernen. Manches aus dem Leben der Termiten ist uns noch völlig unklar, so beispielsweise die Art, wie die Königin und der König in ihre Zelle kommen. Manches erinnert stark an die Ameisen, so auch die Tatsache, daß sie wie jene Gäste und zwar in ähnlicher Art beherbergen.

Uns will dünken, es sei viel tiefer Sinn in dem kerischen Spiel und mag manches auch in dem Tierstaat tief unter uns liegen, in anderen Punkten kann man doch auch vieles lernen.

*

Rasse-Merkmale

Im „Kosmos" macht Professor Dr. Basler auf Grund eines reichhaltigen Materials darauf aufmerksam, daß man in sehr vielen Fällen schon aus den Bewegungen eines Menschen auf seine Rasse schließen kann. Dieser Zusammenhang ergibt sich daraus, daß der Knochenbau oder bestimmte körperliche Anlagen den willkürlichen Bewegungen des Menschen von vornherein einen bestimmten Rassencharakter verleihen.

In dieser Beziehung spielt z. B. der Gebrauch der Hand schon eine große Rolle. Die Rechtshändigkeit ist im allgemeinen ein Merkmal höherer Kultur. So finden wir bei vereinzelten in der Kultur unter uns stehenden Völkern wie z. B. bei den Eingeborenen der Insel Celebes die Linkshändigkeit ausgebildet. Diese Eingeborenen verrichten alle ihre Arbeiten mit der linken Hand. Sie stehen damit noch hinter den Menschen der Steinzeit zurück, die nach der Beschaffenheit der zahlreichen, aus jener Zeit vorhandenen Geräte beide Hände gleichmäßig benutzt haben müssen. Erst mit dem Beginn des Bronzezeitalters überwiegt dann der Gebrauch der rechten Hand. Mit dieser Entwicklung stimmt es überein, daß die unter der Kultur vorkommenden Linkshänder 13 Prozent Unbegabte stellen, die Rechtshänder dagegen nur 3,9 Prozent.

Eine besondere scharfe Unterscheidung zwischen einzelnen Rassen ist die Geschmeidigkeit des Knochenbaues. Alle Menschen auf einfacher Kulturstufe haben die auffallende Eigentümlichkeit, am Boden zu hocken, während der Kulturmensch sich das Sitzen auf dem Stuhl oder einem ähnlichen Gegenstand angewöhnt hat. Das Hocken der primitiven Menschen kann man auf jedem Bild aus dem Negerleben beobachten. Dabei bringen es diese Hocker fertig, die Fußsohle flach auf dem Boden zu halten, das Knie außerordentlich scharf zu krümmen und die Sitzfläche auf der gleichen Bodenhöhe zu nehmen, auf der der Fuß ruht. In dieser Stellung hocken sie stundenlang, während der Europäer es überhaupt nicht fertig bringt, seinen Körper in eine derart gekrümmte Stellung zu zwingen. Wenn die Neger und andere Rassen diese Stellung natürlich finden, so liegt es daran, daß bestimmte Abweichungen im Knochenbau eine derartige Zusammenpressung des Körpers ermöglichen. Es hängt damit auch zusammen, daß die Australier die geborenen Schlangenmenschen sind. Es wird von einem Fall berichtet, bei dem ein solcher Australier seinen Speer ausbessert und dabei seine Fußsohle als Arbeitstisch benutzte.

Besonders kennzeichnend für die Rasse ist die Gangart. Die Fußstellung der Europäer ist auswärts, die des Japaners z. B. stark einwärts gestellt. Eine Einwärtsstellung der Füße ist eine Eigentümlichkeit, durch die auch die jüdische Rasse auffällt, ein Beweis dafür, daß derartige Eigentümlichkeiten nicht angewöhnt, sondern angeboren sind. Sonst müßten die europäischen Juden diese Eigentümlichkeit längst verloren haben. Beim Fuß spielt auch der Gebrauch der Zehen eine außerordentlich große Rolle. Der Europäer ist hier völlig hilflos, während primitive Völkerstämme mit den Zehen des Fußes alles Mögliche anzufangen wissen. Hier handelt es sich aber zweifellos um Gewohnheit. Die Beweglichkeit der Zehen ist dadurch verloren gegangen, daß der Kulturmensch eine feste und harte Fußbekleidung trägt, die den Zehen jede Bewegungsmöglichkeit nimmt. Daß auch Kulturvölker noch den Gebrauch der Zehen behalten können, beweist der Japaner, dessen Fußbekleidung ähnlich gestaltet ist wie ein Handschuh. Der Japaner kann also auch mit den Füßen Greifbewegungen ausführen und tut das in hohem Maße. Gelegentlich kommt es ja auch vor, daß Europäer, die sich aus irgend einem Grunde darin ausbilden, in der Beweglichkeit der Zehen es in einem hohen Grade zu einer großen Fertigkeit bringen.

Auch die Kaubewegung ist ein interessantes Rassenmerkmal. Die Rassen, die auf niedriger Kulturstufe stehen, sind nämlich gezwungen, mit ihren Kiefern eine Mahlbewegung auszuführen, da sie auch die härteste Speise mit den Zähnen zerkleinern müssen. Diese Mahlbewegung der Kiefern finden wir auch beim Tier. Hier handelt es sich darum, Pflanzen, Bestandteile wie Körner usw., wie zwischen Mühlsteinen zu zerkleinern. Aus ähnlichem Grunde wählen auch die niederen Rassen mit den Zähnen. Das gilt auch für solche, die von Fleisch und Fisch leben, wie z. B. für die Feuerländer, die das Fleisch über dem Feuer so hart rösten, daß es auch nur durch eine zermalmende Bewegung der Zähne zerkleinert werden kann. Das Kauen der Kulturmenschen unterscheidet sich davon sehr deutlich. Bei den Zähnen äußert sich der Unterschied darin, daß das Gebiß der Eingeborenen häufig abgeschliffen ist.

MARCHIVUM

Städtische Nachrichten

Zahlungsbedingungen unter Berücksichtigung der letzten Verordnungen

Um die Unsicherheit über die Rechtslage, welche in letzter Zeit das Wirtschaftsleben hinsichtlich der Zahlungsbedingungen ergriffen hat, zu beseitigen, hat die Handelskammer Mannheim nachfolgende Zusammenstellung bekanntgegeben:

Zahlung in ausländischer Währung

Durch die Verordnung zur Abänderung der Devisengesetzgebung 2. November 1923 Art. III Ziffer 2 ist die Zahlung mit ausländischer Währung bei allen Geschäften über Lieferung von Waren im Inlands- und Auslandsverkehr gestattet. Diese Erlaubnis bezieht sich auch auf den Verkauf des Einzelhandels an den Konsumenten. Zu berücksichtigen ist jedoch, daß es dem Verkäufer verboten ist, Devisen zu fordern und dem Käufer, die Devisen, die er zur Bezahlung hingeben will, sich gegen Papiermark zu erwerben. Der Verkäufer darf also Devisen, die ihm angeboten werden, wohl annehmen, nicht aber fordern. Die Forderung von Devisen beschränkt sich auf die Geschäfte, bei denen bis zum 2. November d. J. nach den Ausführungsbestimmungen zur Devisennotverordnung vom 8. Mai 1923 die Zahlungsabwicklung in ausländischer Währung bereits gestattet war, d. h. bei Ausfuhrgeschäften, Ausfuhrvorgeschäften, Einfuhrgeschäften und Einfuhranschlußgeschäften.

Die Preisstellung in ausländischer Währung

ist, Kleinhandelsverkehr ausgenommen, bei allen Geschäften gestattet. Die Möglichkeit, auch im Kleinhandelsverkehr die Preise in ausländischer Währung zu stellen, die durch Art. I Ziffer 1 der Verordnung zur Abänderung der Valutaspekulationsverordnung vom 2. November 1923 gegeben war, ist durch die Verordnung über die Verpflichtung zur Annahme von Reichsmark bei Inlandsgeschäften vom 7. November 1923 wieder aufgehoben worden, da letztere Verordnung ausdrücklich in § 3 die Preisstellung in ausländischer Währung im Kleinhandelsverkehr verbietet.

Die Zahlung in Goldmark

(Goldanleihe, Rentenmark, Badenmark, Handelskammernotgeld usw.) ist in allen Fällen gestattet, ebenso wie die Annahme. Dagegen ist durch die Verordnung über die Verpflichtung zur Annahme von Reichsmark vom 7. November 1923 verboten, Zahlung von Goldmark zu fordern. § 1 der vorgenannten Verordnung besagt, daß Abschluß und Erfüllung von Verträgen über die Lieferung von Waren oder zur Bewirkung von Leistungen nicht deshalb verweigert werden darf, weil Zahlung in Reichsmark erfolgt. Die anfangs tatsächlich bestandene Ungültigkeit der durch das Wolffsche Telegraphenbüro verbreiteten Verordnung ist durch ihre Veröffentlichung im Reichsgesetzblatt Teil I Nr. 114 gehellt. Dagegen hat die Tatsache, daß sie ursprünglich zusammen mit dem festen Umrechnungskurs der Papiermark zur Goldanleihe in Kraft treten sollte, einen für Produktion, Handel und Konsum gleich unerträglichen Zustand geschaffen. Produzenten und Händler müssen bei starrer Durchführung der Verordnung den größten Teil ihres gesamten Betriebsvermögens einbüßen, solange und in dem Umfang als der Dollar weitersteigt. Die Konsumenten müssen die Folgen einer außerordentlichen Verknappung der Ware auf sich nehmen. Der Einzelhandel hat daher mit Billigung der zuständigen Behörden beschlossen, Luxuswaren nur gegen Goldmark abzugeben und die Verkäufe gegen Papiermark zu rationieren, wobei allerdings die Rationierung nicht allzu scharf gehandhabt werden darf. Die Hingabe der wertbeständigen Zahlungsmittel als Kaufpreis gegen Ware darf laut § 2 der Einheitskursverordnung vom 2. November d. J. zum letzten amtlichen in Berlin notierten Kurs oder zum Nennwert erfolgen. Eine Bestimmung, welche Verrechnungsweise bei fehlender Vereinbarung zu wählen ist, besteht nicht. Man muß annehmen, daß bei Kursunterschieden zwischen dem amtlichen Dollarkurs und der amtlichen Notierung des Zahlungsmittels, d. h. in Fällen, in denen für eine der Parteien Verluste zu erwarten wären, die Umrechnung über den Kurs berechtigt ist, solange das Zahlungsmittel kursmäßig notiert.

Die Preisstellung in Goldmark

ist in allen Fällen, auch im Einzelhandelsverkehr gestattet. Dem Käufer steht offen, in Papiergeld oder in wertbeständigem Geld zu zahlen. Bei Zahlung in Papiermark ist die Hauptfrage, zu welchem Kurs umgerechnet werden soll. § 2 der Verordnung über die Verpflichtung zur Annahme von Reichsmark bei Inlandsgeschäften, der festlegt, daß bei Preisstellung in ausländischer Währung Reichsmark zum letzten amtlich in Berlin notierten Kurs der ausländischen Währung in Zahlung zu nehmen ist und § 3 Ziffer 2 dieser Verordnung, der bestimmt, daß bei Preisstellung in Goldmark im Kleinhandel der Berechnung des Reichsmarkbetrages kein höherer als der letzte amtliche Kurs zugrunde gelegt werden darf, ist durch § 9 der gleichen Verordnung in der Fassung der Veröffentlichung vom 10. November vorläufig außer Kraft gesetzt. Damit sind irgendwelchen anders lautenden Vereinbarungen nur die durch die gute Sitte gezogenen Grenzen gesetzt. Die vielerlei Verbandsbedingungen, die einen anderen Kursstichtag vorsehen, z. B. den Tag nach Eingang der Zahlung, haben vorläufig ihre Gültigkeit. Sind keine Vereinbarungen getroffen, oder ist die Zahlungsverpflichtung durch keine Verbandsbedingungen geregelt, so muß wohl aus dem Sinn und Zweck der Goldmarkvorstellung geschlossen werden, daß der Kurs des Zahlungstags zugrunde gelegt werden soll. Solange der Verkehr in ausländischen Zahlungsmitteln durch den Einheitskurs ausschließlich bestimmt wird, so muß aus der Verordnung über den Einheitskurs vom 22. Oktober 1923 § 1 Abs. 1 geschlossen werden, daß der amtliche Kurs für alle an diesem Tag geleisteten Zahlungen maßgebend ist. Einzelne Verbände, z. B. der Einzelhandelsverband, haben aus technischen Gründen für ihre Verkäufe den Kurs von 3 Uhr nachmittags bis 3 Uhr nachmittags zugrunde gelegt, eine Maßregel, die gleichzeitig dem Konsumenten gegenüber ein weitgehendes Entgegenkommen darstellt.

Rentenmark-Ausgabe

Belehrt durch die unerfreulichen Erfahrungen bei der Verteilung der Reichsgoldanleihe hat die Reichsregierung die Anweisung getroffen, die Hälfte des zunächst in den Verkehr zu bringenden Betrags an Rentenmark den Beamten zuzuleiten. Man erhofft durch diese Maßnahme, die Rentenmark am schnellsten in Umlauf zu setzen. Es wäre wirtschaftspolitisch unrichtig gehandelt, wenn die Beamten die wertbeständigen Zahlungsmittel ansammeln und nicht weiterleiten würden, weil auf diese Weise dem Lebensmittelhandel in seiner durch den Mangel an wertbeständigem Zahlungsmittel schwierigen Lage zur Ergänzung seiner Vorräte und Lager nicht geholfen wäre, wobei an sich allerdings nicht unbeachtet bleibt, daß die Papiermark als gesetzliches Zahlungsmittel nach wie vor gilt und der Handel seine Waren auch gegen Papiermark abgeben muß.

Der Bad. Beamtenbund wendet sich deshalb in besonderem Rundschreiben in dieser Angelegenheit an seine Mitglieder. Er weist darauf hin, die schwer bedrohte Existenz des Reiches und die ebenso bedrohte Selbständigkeit der Länder hänge im letzten Grunde davon ab ob es gelingt, Reich und Länder so finanzkräftig zu erhalten, daß sie ihre wesentlichen Aufgaben bestreiten und vor allem ihre Beamten bezahlen können. Von der erfolgreichen Durchführung der Einführung der Rentenmark und Verminderung weiterer Inflation hängt in hohem Maße das Weiterbestehen des Reiches und das Gesamtwohl der Beamtenschaft ab. Es wird deshalb die Mahnung ausgesprochen, die auf die Einsicht der Beamten gesetzten Hoffnungen der Regierungen des Reiches und der Länder nicht zu enttäuschen und die bei den Gehaltszahlungen empfangenen wertbeständigen Zahlungsmittel (Goldanleihe Rentenmark) nicht unnötig zurückzuhalten, sondern möglichst schleunigst in Umlauf zu bringen. Dabei muß freilich erwartet werden, daß Wirtschaft und Handel nicht, wie es da und dort den Anschein hat, die Goldmarkpreise erhöhen, sondern sie vielmehr so rasch wie möglich auf den Stand der Friedenspreise zurückführen.

---

* Der Umrechnungskurs für Reichssteuern beträgt am heutigen Tage 1000 Milliarden, ebenso die Umrechnungszahl für den Lebensmittelhandel für die Zeit vom 22. November mittags bis 23. November mittags.

* **Aufhebung der Fleischsteuer für Hausschlachtungen.** Amtlich wird mitgeteilt: Im Hinblick darauf, daß die Entrichtung der seit dem 1. November ds. Js. nach Goldmark zu erhebenden Fleischsteuer für Hausschlachtungen vielen kleinbäuerlichen Besitzern, wie auch Arbeitern und Beamten, die erst in der letzten Zeit teilweise wertbeständige Zahlung erhalten, bei der in den letzten Wochen eingetretenen weiteren Verschlechterung der wirtschaftlichen Verhältnisse außerordentlich schwer fällt, hat das Staatsministerium auf Antrag des Finanzministers unterm 21. November ds. Js. beschlossen, daß die Fleischsteuer von Hausschlachtungen für den eigenen Verbrauch für eine Uebergangszeit bis zum 15. Februar 1924 nicht erhoben wird.

* **Eine völlige Verwirrung im Zahlungsverkehr** ist durch die Nachricht hervorgerufen worden, daß die Reichsbank an ihren Kassen Notgeld nicht mehr annimmt. In Mannheim wurde gestern sogar die Annahme des städtischen Notgeldes und desjenigen der Reichsbahn verweigert. Das Reichsfinanzministerium sieht sich infolge der Verwirrung, die offenbar im ganzen Reiche angerichtet worden ist, zu der Erklärung veranlaßt, daß die Auffassung der Bevölkerung, das Notgeld sei minderwertig und verdiene kein Vertrauen, falsch ist. Der Beschluß der Reichsbank beruht auf inneren Gründen und steht mit der Güte des Notgeldes in keinem Zusammenhang. Das Notgeld, das den Aufdruck trägt „ausgegeben mit Genehmigung des Reichsministers der Finanzen" ist durch Goldanleihe und Goldschatzanweisungen in voller Höhe gedeckt. Die Deckungen sind bei der Reichsbank hinterlegt und durch Sperrvermerk zu Gunsten des Finanzministeriums sichergestellt. Dieses Notgeld wird nach Aufruf mit den Deckungsmitteln eingelöst. Es besteht keine Veranlassung, dem mit Genehmigung des Reichsfinanzministeriums ausgegebenen Notgeld irgendwelches Mißtrauen entgegenzubringen. Im vorigen muß das Notgeld der Länder und Gemeinden nach der Verordnung des Inhabers der vollziehenden Gewalt vom 9. November als gesetzliches Zahlungsmittel von jedermann angenommen werden. Wer dieses Notgeld zurückweist, macht sich strafbar.

* **Die Badenmark.** Auch der Badische Bauernverein äußert sich nun zu der Frage „Wo bleibt die Badenmark?" und teilt mit, daß er zu der Zeit, wo der Zwischenruf über den Verbleib der Badenmark im Landtag gefallen ist, noch nicht im Besitz von Badenmark war und infolgedessen von dem Zwischenrufer nicht gemeint sein konnte.

* **Die Bahnhofsmission in Not!** Zum zweitenmal in diesem Jahre ergeht der Ruf an die Oeffentlichkeit, der Bahnhofsmission in dieser kritischen Zeit zu gedenken und ihre sozialen Werke zu unterstützen. Die Bahnhofsmission ist interkonfessionell. Sie hilft den mittellos und krank hier ankommenden Frauen und Mädchen, versorgt, verpflegt und bewahrt sie vor den Verlockungen und Verführungen der Großstadt. Sie wirkt in uns genügender Weise im Stillen. Wohl manchem der Reisenden und Ausflügler sind auf dem hiesigen Bahnhof die Missionsdamen mit den Armbinden schon aufgefallen. Es sind Frauen der hiesigen Bürgerschaft, die sich dieser edlen Aufgabe in selbstloser Weise aus reiner Nächstenliebe widmen. Nun hat auch die Geldentwertung dieses schöne, über ganz Deutschland ausgebreitete Hilfswerk aufs schwerste bedroht. Es vor dem Untergang zu retten ist dringendste Pflicht. Deshalb gebe jeder der am Samstag oder Sonntag eine Reise antritt, den Damen der Bahnhofsmission eine Spende in die Opferbüchse. Ein Teil der Gaben findet für die Bedürfnisse der hiesigen Bahnhofsmission Verwendung.

* **Der Winter** ist von den Schwarzwaldbergen nun auch zu uns in die Ebene herabgestiegen. In der verflossenen Nacht betrug die tiefste Temperatur am Rhein 2 Grad Celsius unter Null. Heute morgen wurden noch 1.5 Grad C. Kälte festgestellt. Die Stadt war in der Frühe in dichten Nebel gehüllt. Es empfiehlt sich nunmehr, die Kellerfenster gut zu verschließen, damit die Wintervorräte, vor allem die Kartoffeln nicht der Frostgefahr ausgesetzt sind.

Veranstaltungen

♂ **Deutsche Volkspartei.** Die ursprünglich auf letzten Montag angesetzte Mitgliederversammlung findet nunmehr, wie schon kurz angekündigt, heute Freitag abend im Kasinosaale statt. Im Anschluß an die Referate der Herren Hauptschriftleiter Kurt Fischer über die politische Lage und des Stadtrats August Ludwig über die Sitzung des Zentralvorstandes wird Gelegenheit zu ausgiebiger Aussprache sein. Durch Mitglieder eingeführte Gäste sind willkommen. (Näheres siehe Anzeige.)

♂ **Theaternachricht.** Im Neuen Theater kommen die Opern „Cavalleria rusticana" von Mascagni und „Der Bajazzo" von Leoncavallo morgen Samstag unter Eugen Gebraths Spielleitung und Werner von Bülows musikalischer Leitung zur Aufführung. Die Hauptpartien in den beiden Werken sind mit Gusto Helken, Else Vogt-Gauger, Hellmuth Neugebauer, Hans Bahling, Fritz Bartling, Josef Burgmüller besetzt.

♂ **Erster Meister-Klavierabend Frieda Kwast-Hodapp.** Heute Freitag abend (Anfang 7 Uhr, mit Rücksicht auf die Ludwigshafener Besucher auf diesen Zeitpunkt vorverlegt) wird Frieda Kwast-Hodapp im ersten Meister-Klavierabend Toccata und Fuge d-moll von Bach-Tausig, Sonate fis-moll Op. 2 von Brahms, von Beethoven die Sonate Op. 57 Appassionata und drei kleinere Werke von Chopin zum Vortrag bringen.

* **Konzert im städtischen Krankenhaus.** Das Mandolinenquartett „Rheingold" erfreute am Sonntag in den Vormittagsstunden die Patienten des Hauses mit ihrem Besuch. Das Gebotene legte Zeugnis von den hohen Leistungen dieses Quartetts ab und fand großen Beifall.

Kommunale Chronik

Völlige Betriebseinstellung der Heidelberger Straßen- und Bergbahn

Nachdem in Heidelberg der Straßenbahnbetrieb seit einigen Tagen schon erheblich eingeschränkt worden ist, hat der Aufsichtsrat der Straßen- und Bergbahn A. G. einstimmig beschlossen, auch die Straßenbahnlinien vom Hauptbahnhof über Wieslloch und Kirchheim u. vom Bismarckplatz nach Ziegelhausen sowie die Bergbahnen vom kommenden Montag ab stillzulegen, was die völlige Betriebseinstellung der Straßenbahn bedeutet. Die Direktion wird bemüht sein, die etwa 240 Angestellten und Arbeiter des Straßenbahnbetriebs in anderen Stellen unterzubringen.

Aus dem Lande

* **Schwetzingen,** 22. Nov. Auf den Beschluß der hiesigen Bäckerinnung, bei der Brotbezahlung in Papiermark 140 Milliarden über dem amtlichen Kurs des wertbeständigen Geldes zu verlangen, hat das Bezirksamt erklärt, daß es gegen die betreffenden Bäcker mit den schärfsten Strafen vorgehen wird.

× **Heidelberg,** 22. Nov. Im Zementwerk Leimen wurde der Vorarbeiter Krambs vom elektrischen Strom getötet. Er hatte sich beim Fallen an einem Leitungsdraht festgehalten. — Angezeigt wurden drei Kaufleute, zwei Metzger- und ein Bäckermeister, weil sie die Abgabe von Lebensmitteln gegen Bezahlung in Papiermark verweigerten.

× **Külsheim** bei Wertheim, 22. Nov. Die 40jährige Ehefrau des Landwirts Josef Dorbath stürzte von der Scheunenleiter ab, brach das Genick und war sofort tot.

× **Pforzheim,** 22. Nov. Die Wucherpolizei hat einem Kartoffelhändler die Handelserlaubnis auf 4 Wochen entzogen und die vorhandenen Vorräte beschlagnahmt, weil er Kartoffeln nur gegen wertbeständiges Geld abgab. Ferner wurde ein norddeutscher Großhändler angezeigt, weil er ebenfalls Kartoffeln nur gegen wertbeständige Bezahlung liefern wollte.

Alles, was du auf Erden bist, bist du aus deinem Volk geworden. Wilhelm Schäfer.

* * *

Das Kergl-Quartett

kündet sechs Kammermusik-Abende an; sie sollen in der Harmonie stattfinden und manche Abwechslung bieten: durch Mitwirkung von Hans Bruch (Klavier), Max Fühler (Flöte) und Ernst Schmidt (Klarinette), durch Vorführung neuer Werke (Toch, Kodaly, Krenek). Das aufgestellte Winterprogramm 1923/24 verheißt des Schönen viel und mancherlei; und gestern war der erste Abend. Um es sogleich zu sagen: unser neues Quartett hatte einen schönen, runden, vollen Erfolg. Zwar war der Harmoniesaal nicht so besetzt wie bei andern Abenden dieser Gattung. Es fehlte die hysterisch-beredsame Reklame, es fehlte ein fremdklingender Name. (Cimo Kergowski?) Es fehlten aber auch die Hastigen und die Oberflächlichen, und so hatte der Beifall einen ehrlichen, echten, guten Klang . . . Auf den Führer kommt es an, und Max Kergl erwies sich als solchen, als Musiker bedeutender Eigenschaften. Linke und rechte Technik, Kopf und Herz, erlernter Stil und edle, warme Empfindung gingen zusammen. Die feinsten Abwandlungen der Tonfarbe, der Dynamik und Agogik, des „Anhaltens" und „Fortgehens" — diese Forderung war bereits um 1750 bekannt — waren hier angewandt. Wie schön klang sogleich Haydns F-dur-Quartett (Werk 77, II) mit dem slavischen Tanzbildel. Hier war der große Künstler Haydn zu hören. Man hatte den „Großpapa" Haydn aus der Kammer ausgewiesen und musizierte nach Herzenslust. Der Führer war mit seinen Genossen, dem trefflichen Sekundarius Bernhard Conradi, dem nicht minder verdienstlichen Bratscher Franz Neumaier und unserem allbeliebten Senior Karl Müller in der besten Harmonie. Frei von jeder Einengung durch gewisse Kapellmeister-Auffassungen spielten sie als echte deutsche Künstler, wie sie es eben empfanden. Ihnen war die Ueberlieferung nichts Fremdes. Und eitel auf neue Mätzchen sind sie auch nicht; sie haben noch die rechte Ehrfurcht sind gesund geblieben und wahr. So entstand uns weiterhin ein selten zu hörendes Streichquartett von Karl Ditters von Dittersdorf. Wir Mannheimer haben ihn wie Johann Schenk beinahe vergessen, kennen ihre reizenden, deutschen komischen Opern — Lortzings Vorläufer — kaum dem Namen nach. Die Ueberraschung, in dem gestern vorgeführten G-dur-Quartett einen Zeitgenossen Josef Haydns zu entdecken, einen liebenswerten, launigen Unterhalter, endlich einen Geigerfürsten, der sich in allerlei technischen Feinheiten auskennt, war natürlich groß. Und wie interessant spielten unsere Quartettgenossen ihren Ditters, wie sinnvoll trafen sie Stil und Tempo. . . Mit Mozarts berühmtem C-dur-Quartett schloß der Abend. Die beiden ersten Sätze dieses Werkes sind etwas so unendlich hohes und schönes, daß ich wiederum lauschte wie vor Jahren. Die Wiedergabe war aber auch außerordentlich: nichts hinein- oder herauskonzertiert, nichts von der neuen, undeutschen „Rokokograzie", der große Mozart sprach vielmehr das Schlußwort! A. Bl.

Kunst und Wissenschaft

⊙ **Eine Deutung des Geheimnisses von Rembrandts „Judenbraut".** Nur selten hat ein Meisterwerk so viele verschiedene Deutungen erfahren, wie Rembrandts „Judenbraut" im Amsterdamer Reichsmuseum. Dieses viel bewunderte Hauptwerk seiner reifsten Zeit. Als man sich zu Anfang des 19. Jahrhunderts mit seinen Werken wissenschaftlich zu befassen anfing, da faßte man diese schicksalsvolle Zusammenstellung von Mann und Frau als Genrebild auf, und der englische Kunstkenner Smith nannte es ebenso harmlos wie banal „Glückwunsch zum Geburtstag". Der Verlegenheitsname „Judenbraut" kam erst später auf, und man hat die Szene dann verschiedentlich auf Vorgänge des alten Testaments bezogen, in den beiden Gestalten Juda und Thamar, Boas und Ruth, Ahasver und Esther sehen wollen. Eine neue Deutung, die endlich das Richtige zu treffen scheint, versucht nun Wilhelm R. Valentiner im „Kunst und Künstler". Er bringt in das hier dargestellte Motiv Klarheit durch eine im holländischen Kunsthandel aufgetauchte Zeichnung aus Rembrandts letzter Zeit, die einen ersten Entwurf zu dem Werk darstellt. Die Szene dieser Zeichnung wieder wird aufgehellt durch eine andere Rembrandtzeichnung im Neuyorker Metropolitan-Museum, und es zeigt sich, daß der Meister auch hier die Anregung aus einem Buch der Bibel geschöpft hat, das er augenscheinlich besonders liebte und dessen geheimnisvolle Mystik er immer wieder gestaltet hat. Es ist das Buch Tobias, und zweifellos ist auf den Zeichnungen jene wundervolle Szene dargestellt, in der Tobias trotz der furchtbaren Gefahren, die ihm von dem bösen Geist drohen, die schöne Sara, die Tochter Raguels, heiratet. Die Studie zu der „Judenbraut" beweist, daß auch auf dem großen Gemälde jener Augenblick festgehalten ist, da Tobias mit Sara betet und so den bösen Geist vertreibt. Nur ist aus dem Gebet die sanfte, stille Ueberredung des Mannes geworden, der seine Hand auf das Herz der Frau legt und sich schützend über sie beugt. Auf der Bank steht das Becken, aus dem der Rauch des Opfers steigt; oben am Fenster erscheint der Vater Raguel und lauscht. Man hat in dem Amsterdamer Werk ein Bildnis von Rembrandts Sohn und Schwiegertochter sehen wollen. Das ist sehr gut möglich. Konnte der Meister dem jungen Paar ein bedeutungsvolleres Geschenk zum Beginn ihrer Ehe machen, als indem er ihnen ein verklärtes Spiegelbild ihrer selbst gelang? „Wie der junge Tobias den Ehestand gottselig angefangen", so lautet die Ueberschrift des Kapitels, dem Rembrandts Darstellung entstammt, und als tieferer Sinn ist in der Erzählung ausgedrückt, daß der Mann in der Ehe Zurückhaltung und Selbstbeherrschung üben soll, daß er mit Sanftmut alles, mit Gewalt nichts erreicht. „So hat Rembrandt," schließt Valentiner, „in diesem hohen Lied der Liebe jeden Mißklang roher Leidenschaft niedergerungen und eine süße Vergeistigung scheuer Gefühle über die Züge des jungen Paares gebreitet. Das war die Lehre, die er seinen Kindern mitgab, er, der einst in dem Selbstbildnis mit Saskia auf dem Schoß vom Taumel der Leidenschaft ein wildes Lied gesungen hatte."

Theater und Musik

⊙ **Kammerspielvorstellungen in Karlsruhe.** Die Intendanz des Badischen Landestheaters in Karlsruhe hat schon wiederholt und sorgfältig die Möglichkeit erwogen, außerhalb des Rahmens ihres eigentlichen, nach allgemeinen Gesichtspunkten orientierten Repertoires Kammerspielvorstellungen zu veranstalten. Dieser Plan soll jetzt zur Ausführung kommen: als Kammerspieltheater wird vorläufig der Saal des Karlsruher Künstlerhauses benutzt werden. — Der Plan in Mannheim „Kammerspiele" zu veranstalten — wenn man von dem mißglückten sommerlichen Versuch, unzulängliche Veranstaltungen mit einem hochtrabenden Namen zu versehen — ist zu einer Zeit, wo er durchführbar war, an der Kurzsichtigkeit beamteter Stellen gescheitert, obwohl sogar private Mittel zur Verfügung gestellt werden sollten. Heute ist er wahrscheinlich für lange hinaus nicht durchführbar, weil Mannheim kein für Theateraufführungen geeignetes Lokal besitzt. Andere Städte von dieser Größe haben neben städtischer Schauspiel- und Opernbühne noch private Bühnen. — Der Stadtrat zu Nürnberg hat dem Vorschlag des Stadttheaterintendanten Dr. Maurach zugestimmt, das im Jahre 1833 erbaute, seit 1905 geschlossene alte Stadttheater am Lorenzerplatz durch entsprechenden Umbau im Innern als Kammerspiel- und Spielopernbühne wieder zu benutzen. Die Umbaukosten des etwa 700 Plätze fassenden Hauses werden auf 300 000 Goldmark veranschlagt und auf dem Anleihewege aufgebracht. Nürnberg besitzt nunmehr vier Theater. (In Mannheim soll das eine Theater abgebaut werden!!)

⊙ **Dresdner Staatstheater.** Unser Dresdner Schauspielreferent schreibt: Max Mohr ist auch in seiner neuesten Komödie „Sirilla am Mast" am stärksten da, wo er die tragischen und komischen Kontraste gegeneinander auspielt, wo er erfüllt von dem heißen Atem der Gegenwart, als Gemüt die starke Sehnsucht nach einer erlösenden Zeit einfängt. Die bange Melodie vom Untergang des Abendlandes durchzittert die Komödie. Bedenklich dirigiert die tragische Untermalung. Sie schädigt den Erfolg. Die Mittel seiner Tragik führen zum Naturalismus zurück, den er fliehen wollte. Fein war, wie Regisseur Bruno Seb. ganz richtig die komische Linie gegen die Tragik auspielte. Schon die glückliche Besetzung bürgte für den Erfolg. Ingenieur Arkadi: Bruno Decarli. Die Aufnahme ging über den üblichen Achtungsbeifall hinaus.

Johannes Reichelt

MARCHIVUM

* **Friedenweiler, Amt Neustadt**, 22. Nov. Ein Gemeinderat von Klein-Eisenbach hörte am Samstag abend auf dem Wege nach Friedenweiler in kurzer Entfernung einen dumpfen Schrei. Als er dem Schrei nachging, fand er eine Kuh am Wege stehend und eine männliche Person auf der Straßenbahnböschung mit dem Kopf im Straßengraben, das Gesicht nach unten. Eine sofort vorgenommene Untersuchung ergab, daß der Mann bereits tot war. Wie festgestellt wurde, ist der Verstorbene der 78 Jahre alte Altbürgermeister Hermann Kirner von hier. Ob der Tod durch einen Schlaganfall oder durch Ersticken eingetreten ist, bedarf noch der Feststellung.

* **Lörrach**, 21. Nov. Seit der Festsetzung des Zwangskurses in Deutschland und der Einführung wertbeständigen Geldes hat sich der Konsumentenverkehr in den badischen Grenzorten wieder zum größten Teil nach der Schweiz verzogen. Dort sind besonders infolge der Heraufschraubung der Goldmarkpreise in Deutschland die Lebensmittel billiger. Die Geschäfte in den badischen Grenzorten sind deshalb vielfach leer, die schweizerischen voll. Die Arbeiterschaft in den Grenzorten hat entweder wertbeständiges Geld oder wird teilweise in Schweizer Franken entlohnt. Das wertbeständige Geld wird in der Schweiz gern angenommen. Die Schweizer Banken notieren den Dollarschein der Badischen Landeshauptkasse mit 4,5 Franken, die Eine-Mark-Goldanleihe mit 1,35 Franken. Um einer weiteren Verschleppung des neuen wertbeständigen Geldes, das in der Schweiz, im Elsaß und Lothringen schon reichlich zu haben ist, vorzubeugen, hat das Bezirksamt Lörrach die Ausfuhr dieses Geldes verboten. Personen, die mit deutschem wertbeständigen Geld die Grenze zu überschreiten versuchen, werden festgenommen und nach der Arbeitsanstalt Kislau verbracht werden.

Nachbargebiete

* **Rodenbach** bei Kirchheimbolanden, 22. Nov. Ein Bierauto prallte vor einigen Tagen an der scharfen Kurve der neuen Straße in die alte kurz vor dem Dorf an eine 20 Zentimeter dicke Linde und riß sie ab. Das Dach des Wagens war zerbrochen. Kinder benutzten unbewachte Augenblicke zum Heimtragen von Bierflaschen, die korbweise und armvoll weggetragen wurden. Auch der Benzinbehälter mußte seine Oeffnung zum Füllen der Flaschen für einige lichthungernde Rodenbacher aufmachen.

sw. **Sandbach im Odenwald**, 22. Nov. Die Ernst-Ludwigs-Heilstätte hat infolge der Verhältnisse ihren Betrieb für den Winter eingestellt und das ledige Personal entlassen. Es ist beabsichtigt, im Frühjahr den Betrieb wieder aufzunehmen.

sw. **Cronberg im Taunus**, 22. Nov. Im benachbarten Klein-Schwalbach drangen Räuber in einen Schafpferch ein und stahlen 10 Schafe. Dem Schäfer hielten sie den Revolver vor den Kopf. Sie sind unerkannt entkommen.

Gerichtszeitung

§ **Verworfene Berufungen.** Eine gewaltsame Wohnungsräumung, die im Frühjahr dieses Jahres in Königsbach bei Durlach bei dem dort wohnenden Landwirt August Schwender vorgenommen werden sollte, rief in dem Dorf eine außerordentlich große Erregung hervor. Es mußte Gendarmerie von Durlach beigezogen werden, gegen die, als sie am Platz erschien, eine Reihe von Personen, darunter mehrere Brüder des Schwender, eine aggressive Haltung einnahmen. Infolgedessen wurden 13 Einwohner von Königsbach wegen Widerstands gegen die Staatsgewalt vor das Schöffengericht in Durlach zitiert, die sämtlich zu Gefängnisstrafen von je drei Monaten und zur Tragung der Kosten verurteilt wurden. Gegen dieses Urteil hatten sämtliche Angeklagte Berufung eingelegt, die später aber von der Mehrzahl wieder zurückgezogen wurde. Nur vier der damals Verurteilten hielten die Berufung aufrecht, die nun die Strafkammer Karlsruhe beschäftigt hat. Nach eingehender Zeugenvernehmung wurden die Berufungen aber verworfen und das Urteil des Durlacher Schöffengerichts bestätigt.

§ **Verurteilung wegen Fahnenflucht.** Nach der Schwarzwälder Post wurde der Jäger Karl August Günther aus Unterharmersbach vom Konstanzer Schöffengericht wegen Fahnenflucht zu vier Monaten Gefängnis verurteilt. Günther, der seit 1919 beim Konstanzer Reichswehrbataillon diente, war seiner Truppe über ein Jahr ferngeblieben, weil ihm der Dienst verleidet war.

§ **Durch Drohung zum Diebe geworden.** Der 17jährige Banklehrling Wilhelm Bottlang in Ueberlingen wurde mit 16½ Jahren vor Beendigung seiner zweijährigen Lehrzeit von der Volksbank in Langenau (Württemberg) als Kassier verwendet. Dabei unterschlug der junge Bursche 38 Millionen und wurde entlassen mit dem Versprechen, daß er nicht angezeigt werde, wenn er den veruntreuten Betrag decke. Da B. das Geld nicht aufzutreiben wußte, kam der Prokurist der Bank zu ihm, und drohte, daß wenn er das Geld nicht beischaffe, ihm (dem B.) 2 bis 3 Jahre Zuchthaus sicher seien. Durch diese Drohung, die einer Erpressung ziemlich ähnlich sieht, eingeschüchtert, verübte B. mit Hilfe seiner Schwester am 17. Juli in der Bahnhofskammer einen schweren Einbruchsdiebstahl, bei dem ihm chirurgische Bestecke im damaligen Werte von 500 Millionen Mark in die Hände fielen. Wegen schweren Diebstahls wurde Bottlang zu vier Monaten Gefängnis und seine Schwester wegen Beihilfe zu sechs Wochen Gefängnis verurteilt.

§ **Schwurgericht Zweibrücken.** Bei der nunmehr zu Ende gegangenen zweiwöchigen Tagung des Schwurgerichts der Pfalz wurden 15 Anklagefälle mit 21 Angeklagten behandelt. An Freiheitsstrafen wurden insgesamt rund 33 Jahre verhängt, davon 10 Jahre Zuchthaus und 23 Jahre Gefängnis. Vier Beschuldigte wurden freigesprochen. Vier vernichtete Menschenleben wurden mit insgesamt 10 Jahren Gefängnis, zwei Raubverbrechen mit 6 Jahren Zuchthaus und 1½ Jahren Gefängnis gesühnt, eine Eidesverletzung wurde mit 4 Jahren Zuchthaus und einem Jahr Gefängnis bestraft. Münzverbrechen, Mordversuch, Totschlagsversuch, Brandstiftung und Urkundenfälschung bildeten den Hintergrund der weiteren Untersuchungsfälle. Von den Angeklagten war der älteste 54, der jüngste 18 Jahre alt.

Sportliche Rundschau

Boxen

ks. **Vom internationalen Boxsport.** Guiseppe Spalla traf am Sonntag in Mailand auf den belgischen Schwergewichtsmeister Lumbeck. Aus dem sehr harten 12 Rundenkampf ging Spalla als Punktsieger hervor. — Die Internationale Boxunion hielt in Paris ihren 6. Kongreß ab, der von 7 Nationen, Amerika, Belgien, Frankreich, Holland, Italien, Luxemburg und die Schweiz beschickt war. Die Tagung beschäftigte sich hauptsächlich mit der Festsetzung der Welt- und Europameister. Infolge der Affäre Carpentier-Siki ist letzterem erneut sowohl der Welt- als auch der Europameistertitel im Halbschwergewicht aberkannt worden, er wird neu ausgeschrieben. Der Meister ist bis zum 31. Juli 1924 zwischen einem Amerikaner und dem Sieger eines europäischen Ausscheidungskampfes zu ermitteln, der vor dem 30. April 1924 erledigt werden muß. Die Welt- und Europameister sind: Fliegengewicht: Pancho Villa (Amerika) bzw. Montreuil-Belgien; Bantamgewicht: Joe Lynch-Amerika bzw. Bugler Lake-England; Federgewicht: Johnny Dundee-Amerika bzw. Criqui-Frankreich; Leichtgewicht: Benny Leonard-Amerika bzw. Harry Mason-England; Weltergewicht: Miken Walker-Amerika bzw. Roland Todd-England; Halbschwergewicht: unbesetzt; Schwergewicht: Jack Dempsey-Amerika bzw. Erminino Spalla-Italien.

— Funke schlägt Hänscherle. Th. Beverling — E. Müller unentschieden. Im Berliner Neue Welt-Ring schlug W. Funke (130) wie zu erwarten, seinen stärkeren, härteren und recht beherzt vorgehenden Gegner Bruno Hänscherle (132) in der 7. Runde glatt nach Punkten. Diese Runde war vor allem schwer, sehr hart, schnell und schlagreich. Hänscherle zeigte sich hier dicht vor dem Ende, wenngleich er die fliegenden Serien des kalt und mit einem wundervollen Auge arbeitenden Funke noch stehend überwand. Infolge Wadenkrampfes gab H. dann nach der 7. Runde auf. — Theo Beverling (Bremen) trat mit 190 Pfund in körperlich guter Form in den Ring, doch ging ihm bald nach der 10. Runde die Luft aus, sodaß er in den letzten Runden seine liebe Not hatte, den jungen Müller-Potsdam (116) vom Leibe zu halten. Beverling zeigte großes Können, boxte kalt und verschwendete nichts; er hatte von Anfang bis Ende des Kampfes ein entschiedenes Punktplus für sich. Im übrigen war das Treffen äußerst hart und bewegt.

Aus Handel und Industrie

Kartelle und Goldpreise

Eine Kartelltagung hat der Große Ausschuß der Kartellstelle der Deutschen Industrie in Berlin abgehalten. Die Stellungnahme zur Kartellverordnung (Verordnung gegen Mißbrauch wirtschaftlicher Machtstellung vom 2. November 1923) nahm den größten Teil der Erörterungen ein. Der Leiter der Versammlung, der stellvertretende Vorsitzende der Kartellstelle und Mitglied des Präsidiums des Reichsverbandes der Deutschen Industrie, Rechtsanwalt Lammers, erstattete einleitend einen ausführlichen Bericht über die Entwicklung des Kartellwesens und die Entstehung der Kartellverordnung. Dabei betonte er besonders, daß es die vornehmste Aufgabe der industriellen Kartelle und ihrer Zentralorganisation, der Kartellstelle, sei, für die Erhaltung und Förderung eines gesunden industriellen Mittelstandes zu sorgen. Zum Schluß seiner Ausführungen sprach er die Hoffnung aus, daß die Erfüllung dieser volkswirtschaftlichen Aufgabe auch unter der Geltung der Kartellverordnung möglich sei. Rechtsanwalt Dr. Rudolf Isay berichtete ausführlich über die Rechtsgrundsätze der Verordnung. Seine Darlegungen fanden ganz besonderes Interesse. Der Geschäftsführer der Kartellstelle, Dr. Herle, äußerte sich über die künftige Tätigkeit der Kartellstelle und bemerkte dabei, daß sich die Kartellstelle unter Aufrechterhaltung der grundsätzlichen Bedenken gegenüber der Kartellverordnung im Interesse der Sache gegenüber dem Reichswirtschaftsministerium bereit erklärt habe, mit den übrigen Spitzenorganisationen die Erledigung derjenigen Kartellbeschwerden, die vom Reichswirtschaftsminister überwiesen werden, in den auf dem Selbstverwaltungswege errichteten Einigungs- und Schiedsverfahren vorzunehmen.

Nachdem Geheimrat Dr. Bücher einen Bericht über Währungsfragen, besonders über die Rentenbank, erstattet hatte, wurden die Richtlinien des Reichsverbandes der Deutschen Industrie für die einheitliche Durchführung der Goldrechnung erörtert. Im Anschluß an das hierzu erstattete Referat von Dr. Hanns Heiman wurde folgende Entschließung gefaßt:

„Der Große Ausschuß der Kartellstelle billigt grundsätzlich die vom Geschäftsführenden Ausschuß aufgestellten und vom Präsidium und Vorstand gutgeheißenen Richtlinien für die einheitliche Durchführung der Goldrechnung in der abgeänderten Fassung vom 23. Oktober 1923, sowie den am gleichen Tage hierzu gefaßten Durchführungsbeschluß. Richtlinien und Durchführungsbeschluß können jedoch insoweit keine Anwendung finden, als entgegen den warnenden Vorstellungen des Reichsverbandes der Deutschen Industrie der amtliche Devisenkurs der Berliner Börse in offenbarem Widerspruch zu den tatsächlichen Verhältnissen festgesetzt und die Wirtschaft durch überstürzte und widerspruchsvolle Verordnungen und Maßnahmen auf dem Währungsgebiet auch weiter heimgesucht wird, deren Auswirkung Vorbedingungen und Ausführbarkeit der Richtlinien sowie des Durchführungsbeschlusses in Frage stellt."

Zum Schluß der Tagung wurde aufgrund eines Berichtes von Dr. Metzner, Dezernent der Kartellstelle, die Frage der Goldpreise mit dem Ergebnis erörtert, die Angelegenheit im Geschäftsführenden Ausschuß der Kartellstelle weiter zu verfolgen.

Die Be[illegible]hung der Dollarschatzanweisungen

Die Reichsbank bzw. die Hauptverwaltung der Darlehnskasse verhandelt in Sachen der Dollarschatzanweisungsbeleihung immer noch mit den Banken einerseits und mit dem Finanzministerium andererseits. Das letztere hat, wie bekannt, beim Reichsrat den Antrag auf Erhöhung des Darlehnskassenkontingents auf 3 Trillionen eingebracht. Vollbefriedigung der Bankansprüche würde aber allein etwa 25 Trillionen erfordern. Wenn auch ein Ausgleich auf mittlerer Linie angestrebt wird, so erachtet man trotzdem eine noch weitere inflatorische Heraufsetzung des Darlehnskassenkontingentes (über 3 Trillionen hinaus für erforderlich. (Diese Auffassung will uns, so bemerkt hierzu die Fkft. Ztg. unter allen Umständen als gefährlich erscheinen. Nachdem ab Mitte November die Inflation durch Kreditgewährung an den Staat gehemmt ist, müssen auch Reichsbank und Darlehnskassen die inflationistische Wirkung von Krediten an die Wirtschaft unterbinden. Das Wachsen der „wertbeständiger" Lombarddarlehen gerade in den letzten Wochen dürfte unter diesem Gesichtspunkt zu beurteilen sein. Warum werden in diesem besonderen Falle nicht die Banken auf den Weg des Verkaufs gewiesen, statt ihnen mit Hilfe inflationistischer Kredite das spekulative Durchhalten ihrer Bestände auch an Devisen usw. zu ermöglichen? Die für die Stabilisierung notwendige scharfe Geldverknappung wird dadurch jedenfalls aufgeschoben.)

Der steigende Großhandelsindex

Die auf den Stichtag 20. November berechnete Großhandelsindexziffer des Statistischen Reichsamts ergibt bei dem amtlichen Dollarkurs von 4,2 Billionen ℳ das 1413 milliardenfache des Friedensstandes und ist gegenüber dem Stande vom 13. November (265,6 milliardenfach) um 432,1 Prozent gestiegen. Das Goldniveau der Großhandelsindexziffer (1913 gleich 100) hat sich gleichzeitig von 132,8 auf 141,3 oder um 6,4 Prozent gehoben. Von den Hauptgruppen stiegen die Lebensmittel (im Großhandel) um 449,3 Prozent auf das 1333 milliardenfache (133,3 Gold), davon die Gruppe Getreide und Kartoffeln um 431,7 Prozent auf das 1008,8 milliardenfache (100,9 Gold), Industriestoffe um 406,8 Prozent auf das 1563,5 milliardenfache (156,4 Gold), davon die Gruppe Kohlen und Eisen um 395,5 Prozent auf das 1592,6 milliardenfache (159,3 Gold), ferner Einfuhrwaren um 427,4 Prozent auf das 1608,8 milliardenfache (160,9 Gold) und Inlandswaren um 433,2 Prozent auf das 1374,4 milliardenfache (137,4 Gold).

Pfälzische Mühlenwerke, Mannheim

Auf Grund des im Anzeigenteil zur Veröffentlichung kommenden Prospektes sind 92 Millionen ℳ Stammaktien (No. 8001—100000) der Pfälzischen Mühlenwerke auf Antrag der Rheinischen Creditbank zum Handel und zur Notiz an der Mannheimer Börse zugelassen worden. Die Aktiengesellschaft Pfälzische Mühlenwerke wurde im Jahre 1898 mit dem Sitze in Schifferstadt (Pfalz) gegründet zwecks Uebernahme des Mühlenanwesens der Firma Jung u. Wernz zu Schifferstadt. Im Oktober 1907 wurde der Betrieb in einen am Industriehafen in Mannheim errichteten mit allen modernen Einrichtungen des Mühlengewerbes versehenen Neubau und gleichzeitig auch der Sitz der Gesellschaft nach Mannheim verlegt. In der neuerbauten Mannheimer Mühle war ursprünglich die tägliche Vermahlung von 2000 Doppelzentnern Weizen in 24 Stunden eingerichtet, gleichzeitig aber die Gebäude für die doppelte Leistung vorgesehen. Im Jahre 1912 machte die Ausdehnung der Geschäfte einen Ausbau des Werkes auf eine tägliche Leistung von 4000 dz Weizen notwendig, nachdem schon 1911 der Silospeicher auf 130000 dz Getreide-Aufnahmefähigkeit vergrößert worden war. Die Gesellschaft betreibt hauptsächlich Handelsmüllerei, außerdem Lohnmüllerei für die Reichsgetreidestelle und Kommunalverbände; sie beschäftigt gegenwärtig 30 Beamte und ca. 125 Arbeiter. Das seit 1912 stillgelegte Werk in Schifferstadt wurde im Jahre 1918 veräußert. Im Jahre 1914 erwarb die Gesellschaft sämtliche 200000 ℳ Aktien der A.-G. für Mühlenbetrieb in Neustadt a. d. H., deren Sitz im Jahre 1922 gleichfalls nach Mannheim verlegt wurde. Die aufgrund des Generalversammlungsbeschlusses vom 12. Juli 1922 neu ausgegebenen 800000 ℳ Aktien dieser Gesellschaft befinden sich gleichfalls im Besitze der Pfälzischen Mühlenwerke. Die Gesellschaft besitzt ferner von den 1500000 ℳ Geschäftsanteilen der Ersten Mannheimer Dampfmühle von Ed. Kauffmann Söhne G. m. b. H. Mannheim den größten Teil. Das Werk dieser Gesellschaft liegt im Stadtgebiet und ist vollständig den neuzeitlichen Anforderungen entsprechend umgebaut. Mit diesem Betrieb ist der der A.-G. für Mühlenbetrieb, die sich hauptsächlich der Hartgrießmüllerei widmet und deren Anlagen in Neustadt im Jahre 1918 durch einen Brand zerstört wurden, vereinigt. Die Leistungsfähigkeit dieses Werkes beträgt 2000 dz Getreide in 24 Stunden.

Das Aktienkapital der Pfälzischen Mühlenwerke wurde nach und nach auf jetzt 100000000 ℳ erhöht, eingeteilt in 100000 vollgezahlte auf den Inhaber lautende Aktien No. 1—100000. An Dividenden verteilte die Gesellschaft in den letzten fünf Jahren: 1918/19 auf 2 Mill. ℳ 10 Prozent, 1919 auf 2 Mill. ℳ 10 Prozent, 1920/21 auf 4 Mill. ℳ 12 Prozent, 1921/22 auf 3 Mill. ℳ 25 Prozent, 1922/23 auf 100 Mill. ℳ 100 Prozent. Von den im Jahre 1908 und im Jahre 1920 aufgenommenen 4½ proz. Anleihen waren am 31. März d. J. noch 3587000 ℳ im Umlauf. Im laufenden Jahre konnte sich die Gesellschaft wieder in größerem Umfange der Handelsmüllerei widmen und war nebenbei auch noch für die Reichsgetreidestelle und für Kommunen beschäftigt. Ueber die Aussichten lasse sich im Hinblick auf die wirtschaftlichen Verhältnisse vorerst nichts sagen.

* **A.-G. für Baubedarf in Heidelberg.** Mit 600 Mill. ℳ Grundkapital, davon 100 Mill 6 proz. Vorzugsaktien errichtet, beabsichtigt diese Gesellschaft Großhandel mit Baumaterialien aller Art wie Holz, Eisen und allen sonst in das Baugeschäft einschlagenden Artikeln, die Vertretung gleicher oder ähnlicher Geschäfte, die Beteiligung an und der Erwerb von solchen. Vorstandsmitglieder sind Wilhelm Wallmann, Kaufmann, und Alfred Schellenberger, Kaufmann, beide in Heidelberg. Die Gründer der Gesellschaft, die sämtliche Aktien übernommen haben, sind Baustoffvertrieb G. m. b. H. in Saarbrücken, Rudolf Henk, Kaufmann in Heidelberg, Wilhelm Wallmann, Kaufmann in Heidelberg, Alfred Schellenberger, Kaufmann in Heidelberg, Hugo Wallm[illegible] Kaufmann in Köln. Den ersten Aufsichtsrat bild[illegible]n Hans Loew, Kaufmann in Saarbrücken, Hugo Wallmann, Kaufmann in Köln, und Rudolf Henk, Kaufmann in Heidelberg.

* **Gebr. Pfeiffer Barbarossawerke, A.-G., Kaiserslautern.** In der Bilanz [illegible] 31. März 1923 sind Außenstände mit 1223276239 ℳ, [illegible]e mit 65067910 ℳ, Bankguthaben mit 49071062 ℳ, Werkerhaltungskonto mit 100 Mill ℳ, Verbindlichkeiten mit 912971635 ℳ angeführt. Das Aktienkapital beträgt 6 Mill. ℳ, der Reingewinn beziffert sich auf 333820247 ℳ. Die Generalunkosten betragen 179067387 ℳ, Vortrag aus 1921/22 289556 ℳ. Die in der G.-V. vom 27. Oktober dieses Jahres mit 1000 Prozent festgesetzte Dividende kann gegen Einlieferung der Dividendenscheine bei der Gesellschaft oder bei der Rheinischen Creditbank, Filiale Kaiserslautern, erhoben werden.

* **A. Schwinn, A.-G., Homburg.** Der Abschluß für das erste Geschäftsjahr ergibt einen Fabrikationsgewinn von 1403618 Fr. Nach Abzug der Generalbetriebsunkosten von 1207486 Fr., der Handlungsunkosten von 75933 Fr., der Abschreibungen von 84784 Fr. verbleibt ein Reingewinn von 35421 Fr., über dessen Verwendung nichts angegeben wird. In der Bilanz erscheinen bei 700000 Fr. Aktienkapital 658874 Fr. Kreditoren. Die Debitoren belaufen sich demgegenüber auf 208903 Fr., die Kasse auf 5472 Fr., und die Rohmaterialien und Waren werden mit 872383 Fr. bewertet. Die Sachwerte stehen wie folgt zu Buche: Immobilien 31663 Fr., Maschinen und Einrichtung 113135 Fr., Werkzeuge und Matrizen 94233 Fr., Fuhrpark und sonstige Utensilien sind mit je 1 Fr. aufgeführt.

* **Das Ende der Zementbewirtschaftung.** Die seit 1916 bestehende Zementbewirtschaftung wird durch eine demnächst im Reichsgesetzblatt zur Veröffentlichung gelangende Verordnung des Reichswirtschaftsministers mit Wirkung vom 1. Dezember 1923 aufgehoben werden. Zum gleichen Zeitpunkt wird auch die Festsetzung von Höchstpreisen für Zement fortfallen. Ferner wird in Kürze das Ausfuhrverbot für Zement aufgehoben werden. Die Bearbeitung der Einfuhrangelegenheiten für Zement erfolgt dann durch den Reichskommissar für Aus- und Einfuhrbewilligung.

Devisenmarkt

New York, 22. Novbr (WB) Devisen

	21.	22.		21.	22.		21.	22.
Frankreich	5.47	5.42	Schweiz	17.41	17.31	Spanien	13.07	13.02
Belgien	4.74	4.66	England	4.39	4.34	Italien	4.39	4.38

Waren und Märkte

* **Baumwolle.** Bremen, 22. Novbr. Baumwolle Fully middling American g. c. 28 mm loco per engl. Pfund 37,83 (37,09) Dollarcents.

London, 22. Novbr. (WB) Metallmarkt. (In Lst. f. d. engl. t. v. 1015 kg.)

	21.	22.		21.	22.		21.	22.
Kupfer Kasse	61 15	61 75	bestselect.	64.75	64.75	Blei	29.15	28.25
do. 3 Monat	61 75	61.30	Nickel	135.—	135.	Zink	32.15	31.87
do. Elektrol	66.50	64.—	Zinn Kasse	222.50	223.15	Quecksilber	10.—	10.—
			do. 3 Monat	—.—	—.—	Regulus	42	42

Schiffahrt

Schiffbewegungen der White Star- und der American Line

D. ‚Manchuria' am 31. 10. von Hamburg nach New York; D. ‚Mongolia' am 25. 10. von New York nach Hamburg via Antwerpen und Cherbourg; D. ‚Minnekahda' am 1. 11. ab New York via Plymouth und Cherbourg; D. ‚Canopic' am 31. 10. in Hamburg; D. ‚Missouri' am 31. 10. von Boston nach Hamburg und Antwerpen; D. ‚Napierian' am 1. 11. von Antwerpen nach Philadelphia und Boston.

Wasserstandsbeobachtungen im Monat November

Rhein-Pegel	17	18	19	21	22	23	Neckar-Pegel	17	18	19	21	22	23
Schusterinsel*	2.15	2.12	2.10	2.10	1.85	.73	Mannheim	3.55	4.56	4.65	4.62	4.41	4.32
Kehl	3.1[illegible]	3.1[illegible]	3.21	3.22	3.14	3.00	Heilbronn						
Maxau	4.79	5.42	5.43	5.27	5.15	4.91							
Mannheim	3.61	4.48	4.67	4.61	4.42	4.25							
Caub													
Köln	2.48				4.23	4.00							

Herausgeber, Drucker und Verleger: Druckerei Dr. Haas, Mannheimer General-Anzeiger G. m. b. H., Mannheim E 6, 2.
Direktion: Ferdinand Heyme — Chefredakteur: Kurt Fischer.
Verantwortlich für den politischen und volkswirtschaftlichen Teil: Kurt Fischer; für das Feuilleton: Dr. Fritz Hammes; für Kommunalpolitik und Lokales: Richard Schönfelder; für Sport und Neues aus aller Welt: Willy Müller; für Handelsnachrichten, Aus dem Lande, Nachbargebiete, Gericht u. den übrigen redaktionellen Teil: Franz Kircher; für Anzeigen: Karl Hügel.

MARCHIVUM

Neues aus aller Welt

— **Um 364 Billionen geprellt.** Um 364 Billionen geprellt wurde ein Berliner Großschlächtermeister von einem der wilden Devisenhändler und Schlepper. Der Meister brauchte zum Vieheinkaufe Goldanleihe oder Dollarschatzanweisungen. Ein gewisser Richard Wiedenheim versprach ihm, das Erforderliche zu besorgen. Vertrauensvoll übergab der Schlächtermeister dem Agenten 364 Billionen und sah sie und den Mann nicht wieder. Wiedenheim betrieb gewerbsmäßig Automobil- und Fahrraddiebstahl und wurde wegen Diebstählen dieser Art gesucht.

— **Der Einsturz des deutschen Konsulatshauses in Yokohama.** Wie bereits gemeldet wurde, ist bei dem Erdbeben in Japan der Kanzler des deutschen Generalkonsulats in Yokohama, Herr Märkl, ums Leben gekommen. Aus Yokohama wird uns darüber geschrieben: Das Konsulatsgebäude ist mit dem ersten Sturz zusammengestürzt und begrub alle darin befindlichen Lebenden unter seinen Trümmern. Der Generalkonsul befand sich zurzeit der Katastrophe dienstlich auf der Rückreise von Tokio nach Yokohama. Er entging dadurch dem Tode. Wie später festgestellt werden konnte, hielt sich Herr Märkl, als das Erdbeben einsetzte, in der Kanzlei auf. Er flüchtete in die daneben liegende feuersichere Aktenkammer, die der sicherste Raum des Gebäudes war. Aber auch dieser Teil des Hauses wurde vollkommen zerstört. Große, mehrere Tonnen schwere Quadern des solide gebauten Hauses durchschlugen die Wölbung und den zementierten Fußboden, alles mit sich in die Tiefe reißend. Erst am 25. September wurde die Leiche im Kellergeschoß unter der Aktenkammer, viele Meter hoch mit Schutt und schwersten Mauerbrocken bedeckt, aufgefunden. Da dieser Teil des Gebäudes aus nicht brennbaren Materialien hergestellt war, hat hier auch das Feuer weniger gewütet, und an der Leiche waren nur die Füße verkohlt. Auch ein Aktenstück, daß Märkl in der Hand hielt, war verbrannt. Die sterblichen Reste wurden an Ort und Stelle eingeäschert und die Asche der im Kobe befindlichen Witwe ausgehändigt. Außer Märkl befanden sich zurzeit des Erdbebens neun Japaner im Konsulatsgebäude. Sie alle sind umgekommen. Es handelt sich dabei um Personen, die entweder im Dienste des Reiches oder der deutschen Beamten standen, und um ihre Angehörigen.

— **Heuschrecken als Nahrungsmittel.** In Südafrika ist die Heuschrecke eine furchtbare Landplage, von der wir uns gar keinen Begriff machen können. Besonders schlimm scheint es in diesem Jahre zu sein. Sie ist außerordentlich frühzeitig aufgetreten, sodaß heute in Südafrika so gut wie keine Gras- und Weidefläche mehr vorhanden ist. Das Vieh kommt scharenweise um. Südafrika hat einen besonderen Beamten angestellt, dem die Heuschreckenbekämpfung übertragen ist. Dieser Beamte, namens Williams, hat kürzlich erklärt, daß er den Folgen der Heuschreckenplage in diesem Jahre fast ohnmächtig gegenüberstehe, da infolge der anhaltenden Trockenheit keine Möglichkeit ist, durch Bewässerung den Schaden wieder gut zu machen. In 36 Distrikten, die bisher verschont waren, ist die Heuschrecke in diesem Jahre neu eingebrochen. Vor kurzem hat man an den Schienenweg der durch den Freistaat führt, ungeheure Heuschreckenschwärme beobachtet, die auf der Wanderschaft begriffen waren. Man hofft jetzt wenigstens, diese Schwärme zu fassen und hat zu diesem Zwecke Tanks mit Giftstoffen auf dem Schienenweg ausgeschickt. Sobald die Schwärme erreicht sind, sollen sie mit dem Gift bespritzt und auf diese Weise vernichtet werden. Auch vom Flugzeug herab wird man vermutlich durch Ausspritzen von Flüssigkeit die Heuschreckenplage bekämpfen. Der einzige Lichtblick bei der ganzen Sache ist dadurch gegeben, daß es möglich geworden ist, die Heuschreckenschwärme, die Südafrika überfallen, für Viehnahrung und Dung verarbeiten zu lassen. Man hat in Johannisburg die südafrikanische Heuschreckenverarbeitungs-Gesellschaft gegründet und bereits eine Fabrik angelegt, in der die Verarbeitung vor sich gehen soll. Die Produkten dieser Fabrik sollen in erster Linie als Hühnerfutter Verwendung finden, sind aber auch für Düngezwecke außerordentlich gut zu gebrauchen. Sie können sogar für menschliche Nahrungszwecke verwendet werden. So wird die Fabrik einen Heuschreckenbiskuit herstellen, das sehr gut munden soll. Die Produktion verspricht ein außerordentlich großer Erfolg zu werden. Bestellungen aus dem Auslande liegen bereits in höherem Maße vor als ausgeführt werden können. So hat allein Holland 100 Tonnen des neuen Futter- und Dungmittels bestellt. Die Fabrik zahlt zwei Schilling für jeden 50 Pfund schweren Sack mit Heuschrecken. Sie hat überall im Lande Sammelstellen eingerichtet. Auf diese Weise kann sie dem Auftreten der Heuschrecken nachgehen und der Schwärme auch dort habhaft werden, wo die eigentlichen Brutplätze der Seuche sind wie z. B. in der Kalahari-Wüste und an anderen Stellen des Landes.

Billig! 140 cm breit **Kunstseiden-Trikot** weiß, schwarz, neurot, jade, marine u. kupfer für Kleider, Jumper und Unterröcke Meter . . . . **6.50** Goldmark

KRAMP

Tausend Meter **Wollgemischte Stoffe** 90 bis 130 cm breit, für Kleider-, Röcke-, Mantelstoffe **1.35** Goldmark **1.55** Goldmark **2.40** Goldmark **3.50** Goldmark

National-Theater Mannheim

Freitag, den 23. November 1923

14. Vorstellung, außer Miete
F.-V.-B. Nr. 2731—2800 u. 3161—3250
B. V.-B. Nr. 1351—1500

Die Geisha

oder 46

Die Geschichte eines japanischen Teehauses

Operette in 3 Akten — Text von Owen Hall. Musik von Sidney Jones. — Deutsch von E. M. Roehr und J. Freund — In Szene gesetzt von Karl Marx — Musik. Leitung: Werner von Bülow. Choreographische Leitung: Reinh. Kreideweiß.
Anfang 7 Uhr — Ende nach 9½ Uhr

Leutnant Reginald Fairfax (Offiz. S.M.S. Schildkröte)	Hermuth Neugebauer
Leutnant Vronville	Adolf Karlinger
Leutn. Cunningham	Artur Hutterer
Leutnant Grimston	Adolf Jungmann
Seekadet	Käthe Krug
Wun-Hi, Chinese, Eigentümer des Teehauses „Zu den zehntausend Freuden"	Alfred Landory
Marquis Imari, Polizei-Präfekt u. Gouverneur einer japanischen Provinz	Ernst Sladek
Leutnant Katana von der kaiserlichen japanischen Artillerie	Philipp Massalsky
Lady Constance Wynne, welche in ihrer Yacht die Welt bereist	Lene Blankenfeld
Molly Seamore (ihre Freundinnen)	Helene Reifert
Marie Worthington (ihre Freundinnen)	Margarete Ziehl
Edith Grant (ihre Freundinnen)	Therese Weidmann
Julliette, eine Französin, im Teehaus als Mousmé od. Teemädch. angestellt	Helene Leydenius
O Mimosa San, Geisha, Sängerin im Teehause	Elisabeth Trautmann
O Kiko San, Chrysanthemum (Geisha)	Vera Bär
O Hana San, Blüte (Geisha)	Else Wisheu
O Kinkotio San, goldene Harfe (Geisha)	Betty Sauter
O Komurasaki San, Veilchen (Geisha)	Johanna Trembich
Nami, japanische Brautjungfer	Marie Brengl
Takemin, Polizei-Sergeant	Karl Zöller
Erster Kuli	Louis Reitenberger
Zweiter Kuli	Karl Scheidenneiger
Dritter Kuli	Robert Warden

Heute abend 7 Uhr Harmonie D 2, 6 — 1. Meister-Klavierabend **Frieda Kwast-Hodapp**
Karl b. Heckel, i. M'h. Abendkasse u. a. d. Abend. *236

Statt jeder besonderen Anzeige!

Todes-Anzeige.

Verwandten, Freunden und Bekannten die tieftschmerzliche Mitteilung, daß mein lieber Gatte, unser herzensguter Vater, Sohn, Bruder, Schwiegersohn, Schwager und Onkel *5086

Peter Jos. Losacker

nach wohl langjährigem mit großer Geduld ertragenem Leiden, doch völlig unerwartet, in der verflossenen Nacht sanft und wohl vorbereitet entschlafen ist.

Mannheim, den 22. November 1923.

In tiefer Trauer:
Johanna Losacker u. Kinder
Ludwig und Elisabeth.

Die Beerdigung findet von der Leichenhalle aus am Samstag den 24. November, nachmittags 3¼ Uhr statt.

Das Seelenamt findet am Samstag, den 24. November, morgens ½8 Uhr in der St. Josefskirche statt.

Statt jeder besonderen Anzeige!

Todes-Anzeige.

Der Gründer, Gesellschafter und Seniorchef unserer Firma:

Herr Peter Jos. Losacker

ist uns unerwartet rasch entrissen worden.

Wir verlieren in ihm einen allzeit arbeitsfreudigen und gewandten Mitarbeiter, dessen Verlust für uns nahezu unersetzlich ist. *5057

Ehre seinem Andenken!

Ludwigshafen-Mundenheim, den 22. November 1923.

Peter Jos. Losacker & Co.
G. m. b. H.

Nachruf.

Unser Seniorchef *5058

Herr Peter Jos. Losacker

ist in der verflossenen Nacht unerwartet rasch gestorben.

Als Chef stets gerecht, entgegenkommend und vorbildlich in seinem übergroßen Fleiß, als Mensch stets hilfsbereit und besorgt um uns alle, war er uns stets ein leuchtendes Vorbild.

Wir bedauern sein allzufrühes Hinscheiden!

Ein dankbares Gedenken ist ihm gewiss!

Ludwigshafen-Mundenheim, den 22. November 1923.

Die Angestellten und Arbeiter der Firma Peter Jos. Losacker & Co., G. m. b. H.

K. Ferd. Heckel
O 3, 10 Kunststraße O 3, 10
Ausstellung
von Original-Gemälden
berühmter alter u. neuer Meister
7233

Weinhaus Ballweg
Tel. 1233 S 6, 26 am Ring *5047
Eröffnung
am Samstag, 24 Novbr.

Stoffe und Futter
für Herren und Damen verkauft billig, auch Teilzahlung. Etagengeschäft Steffel, Mamillastrasse 7 B9814

Drucksachen für die gesamte Industrie liefert prompt
Druckerei Dr. Haas, G. m. b. H., E 6 2.

Deutsche Volkspartei
Heute, Freitag 23. Nov., 8½ Uhr im Kasino-Saal, R 1
Mitgliederversammlung mit **Vortrag** über:
„Die politische Lage".
Referent: Hauptschriftleiter Kurt Fischer und Stadtrat August Ludwig.
Zahlreichen Besuch erb. Gästeeinführungen gestattet. Der Vorstand

Verkäufe.

Kleine Villa
Vorort Darmstadt, sofort beziehbar für 15000 Goldmark zu verkaufen. E80 **Faber** Eberstadt a. d. Bergstr. Alte Darmstädterstr. 64

Büfett, Tisch, Bücherständer, Nußbaum pol., zu verk. Kirchner, Verschaffeltstr. 13 I

Gröss. Speisezimmer preiswert zu verk. *5051 Weil, L 13, 16, 1 Treppe.

Nähmaschine u. Fahrräder preiswert zu verkaufen. Lösch, J 4a, 5. *5041

Kauf-Gesuche

Achtung! **Massenankauf**
Zahle allerhöchste Preise für Wolfshunde, große D. Doggen, Teckel, Boxer, junge und ältere Spitzer, Pinscher und Bulldoggen. Vorzuführen Freitag, den 23. Novbr., nachmittags von 1—7 u. Samstag, den 24. Nov., vom 9—12 Uhr
Gr. Wallstadtstr. 29, Mannheim
Telephon 9397. *5060
Kaufe gebrauchte Kisten.

Miet-Gesuche

Tausch.
Großes Büro, 10 Räume mit 3 Zim.-Wohnung in zentraler Lage Hauptverkehrspunkt der Strassenbahnen, gegen **kleineres Büro** von 4 Räumen und 3 Zim.-Wohnung in der Schlossgegend, Oberstadt. Angebote unter M. Y. 173 an die Geschäftsstelle. S235

Offene Stellen

Gesucht wird zum möglichst baldigen Eintritt von großem hiesigen Werk ein 7222

Laborant

der selbständig analysieren kann und in der Lage ist, den Erfordernissen eines kleinen Industrie-Laboratoriums gerecht zu werden. Reflektiert wird nur auf eine gute Kraft. Bewerbungen unter Vorlage von Zeugnissen unt. O. G. 106 an die Geschäftsstelle ds. Blattes.

Tüchtiger 5
Konto-Korrent-Buchhalter
zum sofortigen Eintritt gesucht.
Angeb. u. O. H. 107 an die Geschäftsstelle

Vertreter
per sofort gesucht
für erstklassige Batterie- und Elementefabrik. Es wollen sich nur solche Herren melden, welche mit der Kundschaft durchaus vertraut sind.
Angebote unter **R. O. 1200** an Büro Bock G. m. b. H., Ann.-Exped. Ulm a. D. 7233

Zum baldigen Eintritt sucht Mannheimer Grossfirma E283
einen tüchtigen
Buchhalter
Für die Besetzung des Postens kommt nur ein gewissenhafter Kaufmann in Frage, der die verschiedenen Systeme der Bankzins-Konto-Korrente beherrscht.
Ausführliche Angebote mit Gehaltsansprüchen und Zeugnisabschriften sind einzureichen unter O. J. 108 an die Geschäftsstelle dieses Blattes.

Perf. Büglerin
in fl. Privathaushalt für alle 14 Tage gesucht. Zu erfrag. in d. Geschäftsstelle *5032

Saubere Monatsfrau
gegen zeitgem. Bezahlung in ort gesucht. Vorzustelle **D. G. G. Laden.**

Stellen-Gesuche

Bankbeamter
22 Jahre, perfekter Konto-Korrentführer, mit guten Zeugnissen und Referenzen sucht entwicklungsfähigen Posten in hiesiger Bank. Eintritt eventl. 2 Jan. 24. Angebote unter S. Z. 57 an die Geschäftsst. *5053

Perf. Stenotypistin
sucht Stellung, evtl. auch nur halbtags. Angeb. unt. T. B. 59 an die Geschäftsst. *5055

Perf. Stenotypistin
sucht per sofort Stellung. Angebote unt. S. H 49 an die Geschäftsstelle *5031

Fleißiges Fräulein sucht Stellung als
Stütze
wo weiter Ausbildung im Haushalt mögl. ist. Angeb. unt. T A 58 an die Geschäftsstelle *5054

Tücht. Schneiderin
empfiehlt sich. Spezialität: Knaben-Anzüge. *5043 Alphornstr. 11 Hth. part

Miet-Gesuche.

Möbliertes Zimmer
von ruhigem Herrn gesucht. Wertbeständ. Bezahlung. Zuschr. unter S V. 53 an die Geschäftsst. B9835

Schöne 3 Zim.-Wohnung
auf dem Lindenhof gegen
2–3 Zimmer
in ruhigem Hause der Innenstadt zu tauschen gesucht. Angebote u. O. A. 100 an die Geschäftsstelle. 2/57

1-2 Büroräume
sofort gesucht. *5049
Abraham, K 2, 18.
Telephon 179

Wohnungstausch!
Schöne 3 Zimmerwohnung m. Zubeh. in bester Lage (Lindenhof), gegen 4—5 Zimmerwohng. m. Bad u. el. Licht zu tauschen gesucht. Umzug wird vergütet. Angebote u. S. B. 34 an die Geschäftsstelle *5052

Vermietungen

Büro, Telephon Lagerraum
zu vermieten. *5052
Wirag, Gärtnerstr. ohne 50.

Unterricht.

Nachhilfestunden
im Engl. u. Franz. gibt Student **G 4. 7, IV.** B9838

Geldverkehr.

Gesucht
5–6000 Goldmark
zur Erweiterung eines seit 50 Jahren bestehenden Geschäftes gegen gute Zinsen. Angeb. u. R. S. 29 an die Geschäftsst. B9851

Vermischtes.

Beteiligung
mit Kapital u. evtl. Hauseinlage sucht Ingenieur-Kaufmann. Büros und Lagerräume vorhanden. Angebote unter S. Y. 56 an die Geschäftsst. *5050

Rehe - Hasen
Braten — Ragout *5061
Franz Gewahl
am Gt. Metzlerh. Tel. 8802.

Metallbetten
Stahlmatr. Kinderbetten dir. an Pr. a. Kat. 91 Fkl Eisenmöbelfabrik Suhl (Thür.) E205

1 Kontrollkasse
m. Berichtung f. handschriftliche Eintragung zu verkaufen. S231
Näheres in der Geschäftsstelle d. Bl.

Verloren
wurde am Sonntag, den 18. ds. auf dem Wege von der Spiegelfabrik Kantine bis zur Haltestelle Luisenpark und von da auf der Elektrischen der Linie 3 bis nach Ludwigshafen Bahnhof, ein 7210
rotes Korallenhalsband
(wertvolles Andenken).
Dem Wiederbringer wird eine große Belohnung zugesichert. Rückgabe an das Sekretariat der Spiegelmanufaktur.